

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Wolk und Welt'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 19. Juni 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Vorsicht vor Hochstaplern!

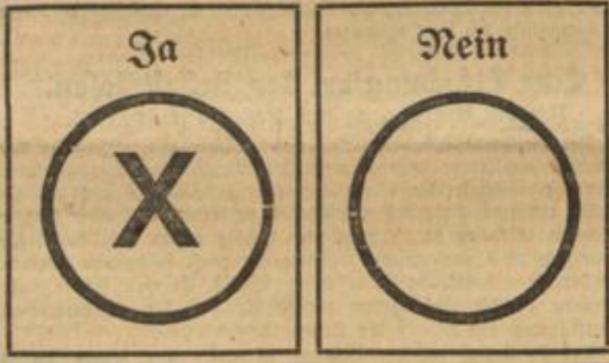
Ein gemeines Manöver der Fürstentochter.

Die Deutschnationalen haben für den Sonntag Handzettel in ungeheuren Mengen vorbereitet...

Also, Frauen und Männer, aufgepaßt! Wer euch einredet, ihr müßt, wenn ihr die Fürstentochter wollt, mit Nein stimmen...

Das Kreuz gehört in den Kreis mit dem 'Ja'.

Soll der im Volksbegehren verlangte Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstentochter Gesetz werden?



Jeder muß an der Abstimmung teilnehmen! — Wer fernbleibt, begeht ein Attentat auf die Freiheit seiner Mitbürger!

Republikaner!

Sonnabend, den 19. und Sonntag, den 20. Juni: Fahnen heraus!

Das deutsche Volk hat zum ersten Male Gelegenheit, von seinem verfassungsmäßigen Rechte der freien Selbstbestimmung über ein Gesetz Gebrauch zu machen...

Als Antwort auf den Terror der Rechtsparteien fordern wir nochmals alle Republikaner auf, am Sonntag zur Wahlurne zu gehen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Gau Berlin-Brandenburg.

Senatorenwahl in Lübeck.

Ein Erfolg der Linken.

Lübeck, 18 Juni (WTB.). In der heutigen Bürgerstimmgebung wurde zum hauptamtlichen Senator der Demokrat Eckhoff mit 36 Stimmen...

Massenaufmarsch in Wien.

Fort mit Kamek! — Nieder mit Mussolini!

Wien, 18. Juni (Eigener Drahtbericht). Eine riesige Straßenumgebung der Wiener Arbeiterschaft fand am Freitag nachmittags statt unter der Parole: 'Weg mit der vorübergehenden Regierung!'

Wilhelm als Liquidationsgeschädigter.

Zweierlei Maß.

Auch Wilhelm der 'Christose' beruft sich als 'Liquidationsgeschädigter' auf die Bestimmungen des Versailler Vertrages...

Die 319 000 Verdrängungs- und Liquidationsgeschädigten, die seit sieben Jahren einen erbitterten Kampf mit dem Reich um eine angemessene Entschädigung führen...

'Lokal-Anzeiger'-Leser für Ja!

Sie geben nichts auf ihr Blatt.

Bei der Hausagitation für den Volksentscheid kamen unsere Parteigenossen natürlich auch oft zu Familien, bei denen der 'Lokal-Anzeiger' gelesen wird.

Ihre Aufklärungsarbeit stieß dort auf nicht allzu große Schwierigkeiten. Oft und oft wurde ihnen gesagt: 'Natürlich stimmen wir mit Ja! Was in unserer Zeitung steht, darauf geben wir nichts!'

Ja, aber warum halten diese Leute ein Blatt, von dem sie wissen, daß es sie anlügt?

marschieren mußten. Nach einer Stunde waren erst 6 von den 21 Bezirken vorübergezogen und erst um 8 Uhr abends hat die Kundgebung vor dem Parlament ihr Ende erreicht.

Briand gescheitert — Herriot betraut.

Das 'überparteiliche' Ministerium endgültig erledigt.

Paris, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Briand hat am Freitag nach 48stündigen vergeblichen Bemühungen seine von Anfang an wenig aussichtsreichen Versuche der Kabinettsbildung aufgegeben...

Briands mißglücktes Experiment ist wenigstens nicht ganz umsonst gewesen. Es hat den Beweis für die Absurdität des Gedankens erbracht, ein über den Parteien stehendes Ministerium bilden zu können.

Frauen fordern Frieden.

Marschieren durch ganz England nach London.

London, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Eine Frauen-Friedensprozession, die sich aus Frauen des ganzen Landes zusammensetzt und deren Teilnehmerinnen zu Fuß bis aus den entlegensten Bundesstaaten kamen...

Aber Hindenburg!

'Unrecht, Undank, Mangel an Traditionsgefühl.'

Von Margarete Stegmann, R. d. R.

Daß ich... dieses Volksbegehren zunächst als ein großes Unrecht, nun aber auch als einen bedauerlichen Mangel an Traditionsgefühl und als groben Undank empfinde...

Von Hindenburg an Loebell.

Das 'große Unrecht' und der 'grobe Undank' gehören mit dem 'Mangel an Traditionsgefühl' offenbar untrennbar zusammen...

Was ist das Traditionsgefühl, das die preußischen Könige und deutschen Kaiser im deutschen Volke gepflanzt haben?

Friedrich der Große, der Hauptkrieger des 18. Jahrhunderts, der Spekulanten der Hohenzollern auf Dankbarkeit und Bewunderung, schärfte in seinem Testament seinem Nachfolger ein...

Die Furcht wurde ihnen mit dem Stock, der Knute, mit Speihrutenläufen eingebläut. 'Die verdammten Barbaren', flüsternten sich in den Preußendienst gepresste schweizerische Offiziere...

Friedrich der Große schickte Minister und Richter, die anderer Meinung waren als er, auf die Festung.

Die Tradition, die er auf diese Weise im Volke schuf, war Furcht und Unfreiheit.

Ueber das, was er selber bewirkt hatte, beklagte er sich gegen das Ende seines Lebens selber: 'Ach habe es satt, über ein Volk von Sklaven zu herrschen.'

Auch Wilhelm II., des Feldmarschalls von Hindenburg königlicher Herr und Kaiser, hat sich mit einem ähnlichen Ausdruck der Verachtung über das Volk beklagt...

Für dieses Traditionsgefühl von Furcht und Unfreiheit schuldete man Dank für Prügel, körperliche und moralische, in seinem Lichte war Recht, slavisch zu tun, was der Herr befahl.

Unter Friedrich dem Großen flüchtete jeder Deutsche von Geist fort von Berlin, fort aus der erstickenden Kasernenatmosphäre, fort von einem Hof, wo bloß zur Geltung kommen konnte, was fremd war...

Welcher Nachfolger dieses größten Hohenzollern hat es besser als der Ahnherr verstanden, deutsche Kultur zu pflegen und zu schützen? Keiner von ihnen wird in der Kulturgeschichte einen Ehrenplatz einnehmen...

Friedrich der Große hatte ein Verwaltungssystem eingeführt, in dem kein anderer als er sich ausand. Es brauchte nach seinem Tode Jahre, bis einigermaßen Klarheit hineingebracht werden konnte...

Aber zu Recht und Dank des Traditionsgefühls der Furcht und Unfreiheit gehört es selbstverständlich, alles so zu glauben und so anzusehen, wie es dem Herrn beliebt.

Es sei dem Reichspräsidenten der deutschen Republik gesagt und werde ihm durch den Volksentscheid schlagend bewiesen, daß es der Sinn der Revolutionen ist, mit den alten Traditionen zu brechen...

Die Tradition der deutschen Republik ist die der Furchtlosigkeit und der Freiheit. In ihrem Lichte ist Recht Volksrecht. In ihrem Lichte ist großes Unrecht und grober Undank...

Der Volksentscheid wird die Tradition der Republik in die Geschichte Deutschlands einzeichnen, ihr Recht und ihren Dank.

Die Feststellung des Ergebnisses. Wann wird das Ergebnis bekannt? — Endgültig erst Mitte August.

Der Reichswahlleiter teilt mit: Da die Abstimmungszeit am 20. Juni auf 8—5 Uhr festgesetzt ist, kann damit gerechnet werden, daß ab 11 Uhr abends das vorläufige Ergebnis der Berliner Stimmbezirke und ab 12 Uhr das Ergebnis aus dem Reich bekanntgegeben wird.

Das endgültige Ergebnis wird nicht vom Reichswahlleiter, wie bei sonstigen Wahlen, sondern vom Minister des Innern bekanntgegeben. Der Reichswahlleiter leitet die Ergebnisse zunächst an den Wahlprüfungsausschuss des Reichstags weiter. Dieser muß die Meldungen der 68 000 Stimmbezirke zunächst nachprüfen. Es müssen vor allem die ungültigen Stimmen geprüft werden, und da einzelne Verbände, so in München, die Parole ausgegeben haben, leere Kuperts in die Urne zu werfen, so werden zu diesen Nachprüfungen ungefähr 8 Wochen Zeit gebraucht werden. Somit wird das amtliche Ergebnis Mitte August verkündet werden. Dem Wahlprüfungsausschuss gehören an: von der Sozialdemokratischen Partei Genosse Dittmann, von der Deutschnationalen Volkspartei Abgeordneter Bohmann, vom Zentrum Abgeordneter Schulte, von der Deutschen Volkspartei Abgeordneter Dr. Kahl, von den Kommunisten Abgeordneter Torgler und von den Demokraten Abgeordneter Brodau. Außer den Vertretern der Parteien gehören dem Wahlausschuss noch vier Reichsgerichtsräte an. Den Vorsitz führt der Zentrumsabgeordnete Schulte. Nach Abschluß der Arbeiten des Wahlprüfungsausschusses gibt der Minister des Innern das endgültige Ergebnis bekannt.

Sämtliche amtlichen Verkündungen, Plakate, Stimmzettel, Telefon- und Telegraphenausgaben trägt das Reich. Die Gemeinden müssen ein Fünftel der in ihrem Bezirk entstandenen Kosten selbst tragen. Für das Volksbegehren sind 1,5 Millionen und für den Volksentscheid 2,2 Millionen vom Reichstag angefordert. Nach den bisherigen Berechnungen werden aber die Kosten für beide Wahlgänge weit unter den angeforderten Summen zurückbleiben. Reklamationen über falsche Eintragungen oder Eintragungen von nicht Stimmberechtigten können auch nach der Wahl noch auf dem Wege von Wahlbeschwerden angebracht werden. Die Zahl der Stimmberechtigten wird an Hand der Stimmlisten ermittelt. Jeder Stimmbezirk muß die Zahl der Stimmberechtigten dem Reichswahlleiter melden, der an Hand dieser Meldungen die Zahl der Stimmberechtigten ermittelt.

Sparerbund und Volksentscheid. Eine Erklärung des Zentralvorstandes.

Nachdem die Landesverbände Groß-Berlin und Brandenburg in einem Brief an den Grafen Westarp Stellung zum Volksentscheid genommen haben, veröffentlicht der Zentralvorstand des Sparerbundes im Bundesorgan folgende Erklärung:

Der Sparerbund will demnächst ein Aufwertungsbegehren mit anschließendem Volksentscheid durchführen. Er kann daher keinerlei Maßnahme empfehlen, die geeignet ist, das Interesse der breiten Volkschichten an dem wichtigen Akte der Volksentscheidung, nämlich der Abstimmung zum Volksentscheid, abzuschwächen. Deshalb rät der Sparerbund seinen Organisationen, den Gläubigern und Sparern zu empfehlen, an dem Volksentscheid am 20. Juni 1926 durch Abstimmung teilzunehmen und so zu stimmen, wie es der eigenen Überzeugung entspricht.

Das Bundesorgan des Sparerbundes wendet sich ferner mit folgenden Ausführungen gegen den Hindenburg-Brief:

Der Vaterlandsfreund muß die Veröffentlichung des Briefwechsels, der zwischen dem Staatsminister v. Loebell und dem Reichspräsidenten über den Volksentscheid stattgefunden hat, mit Rücksicht auf die bisherige autoritative Stellung des Reichspräsidenten und ihre segensreichen Wirkungen für die innere Lage aus tiefster Seele beklagen. Mit einem Schlag ist die Person des Reichspräsidenten in den Streit der Parteien hineingezogen, hineingezogen durch seine Zustimmung zur Veröffentlichung einestheils, seine sachliche Stellungnahme anderenteils. Denn lehnt

der Reichspräsident als solcher, wegen seiner verfassungsmäßigen Stellung, eine öffentliche Kundgebung zum Volksentscheid ab, dann kann er auch die Befamntgabe seiner persönlichen Auffassung des Volksentscheids nicht billigen, ohne in die verhängnisvollen Bahnen Kaiser Wilhelms II. zurückzufallen. Unter Verzicht auf „ministerielle Befreiungsfäden“ vor das Volk zu treten, schadet dem Reichspräsidenten ebenso, wie es dem Monarchen geschadet hat.

Hierzu kommt, daß jedes der moralisch-rechtlichen Bedenken, die der Reichspräsident gegen den Volksentscheid geltend macht, auch gegen die Aufwertungsgeese mit ihrer 75—97%prozentigen Enteignung in die Waagschale fällt. Die Aufwertungsgeese aber hat der Reichspräsident

Auch heute noch Stimm Scheine!

In keinem gestern oben durch Rundfunk verbreiteten — übrigens durchaus sachlichen und rein referierenden — Vortrag über den Volksentscheid ist dem Ministerialrat Dr. Kauffmann, dem Referenten im Reichsministerium des Innern, ein kleiner Irrtum unterlaufen, den wir hiermit berichtigen müssen.

Der Vortragende sprach nämlich davon, daß man sich Stimm Scheine besorgen konnte.

Demgegenüber verweisen wir darauf, daß die Anträge auf Ausstellung von Stimm Scheinen in den Bezirkswahlämtern von Groß-Berlin noch am heutigen Sonnabend angenommen werden müssen.

Morgen, am Sonntag, wäre es dagegen zu spät! Wer also verreisen muß oder aus einem sonstigen Grunde zwischen 8 Uhr vormittags und 5 Uhr nachmittags in seinem regulären Wahllokal nicht abstimmen kann, der besorge sich heute noch einen Stimm Schein. Ausweispapiere mitbringen!

vollzogen. Werden daher Millionen Aufwertungsgefährdeter sich fragen, weshalb der Reichspräsident erst jetzt, wo es sich um die Enteignung der Fürsten handelt, mit seinen moralisch-rechtlichen Bedenken hervortritt, dann ist damit zu rechnen, daß der Einfluß des Briefwechsels Loebell-Hindenburg auf den Volksentscheid anders sein wird, als seine Urheber annehmen.

Bei dieser Sachlage erscheint es ausgeschlossen, daß die Veröffentlichung jenes Briefwechsels dem Gesamtinteresse des deutschen Volkes zu dienen vermag.

Gefälschte Unterschriften.

Die Mannen des Kronprinzen als Fälscher.

Es wird uns geschrieben: Der Landeserziehungsrat a. D. Seiffert, M. d. R., hat mit Datum vom 13. Juni laut „Gläubiger und Sparer“ vom 16. Juni an die „Telegraphen-Union“ und den „Berliner Lokalanzeiger“ (Chefredakteur) „auf Grund des § 11 des Pressegesetzes“ eine Verächtigung gefandt, in der er mittelt, daß unter dem im „Berliner Lokalanzeiger“ abgedruckten „Ausruf an das deutsche Volk“, der in dem Berliner Hauptquartier des Kronprinzen fertiggestellt wurde, sein Name „ohne sein Wissen und Willen gesetzt“ ist. Ueber diesen, die Öffentlichkeit schwer täuschenden Fehler des Ausrufs hat der „Berliner Lokalanzeiger“ die Leser noch immer nicht aufgeklärt, obwohl diese einfache journalistische Instandspflicht selbstverständlich ist auch in dem Falle, daß er die Verächtigung formal nicht für ganz einwandfrei halten sollte. Die „Telegraphen-Union“ hat die Verächtigung ebenfalls bis heute nicht veröffentlicht. Sie zeigt damit wieder einmal, welch Geistes Kind sie ist. Im übrigen aber ist anzunehmen, daß der Ausruf noch eine ganze Reihe von gefälschten Unterschriften trägt, über die nähere Mitteilungen noch zu erwarten sind.

Herr Seiffert ist völkischer Reichstagsabgeordneter. Es ist immerhin bemerkenswert, daß ein völkischer Parlamentarier den Schwindel des Kronprinzenagenten aufdeckt.

Die Reichseinnahmen im Mai.

75 Prozent stammen aus der Massenbelastung.

Nach dem Ausweis des Reichsfinanzministeriums über die Einnahmen des Reichs an Steuern, Zöllen und Abgaben im Mai beträgt das Gesamtaufkommen 435 Millionen. Das ist fast mehr als zwei Jahren das niedrigste Monatsergebnis, nur die Einnahmen im Februar 1924 (418 Millionen) und im Dezember 1923 (312 Millionen) bleiben noch dahinter zurück. Dieser Tiefstand der Reichseinnahmen ist einmal die Folge der Steuerermäßigungen. Insbesondere hat sich jetzt zum erstenmal das Steuermilderungsgeese voll ausgewirkt. Sodann aber zeigt sich auch diesmal wieder der nachhaltige Einfluß der Wirtschaftskrise. Diese äußert sich unmittelbar bei der Lohnsteuer infolge der großen Arbeitslosigkeit und bei der Umsatzsteuer und der Beförderungssteuer infolge des schlechten Geschäftsganges; sie kommt aber auch bei den Besitzsteuern im Wege der Stundungen und Niederschlagungen mittelbar zum Ausdruck.

In welchem Maße Steuerermäßigungen und Wirtschaftskrise die Reichseinnahmen im neuen Rechnungsjahr beeinflussen, insbesondere in welchem Umfang die Monatsergebnisse hinter den Vorkriegsstand des Reichshaushaltsplans zurückbleiben, läßt sich jedoch noch nicht übersehen. Vielmehr muß wegen der Vierteljahrszahlungen auf Einkommen-, Körperschafts-, Vermögen- und Umsatzsteuer erst das Ergebnis des Monats Juni und damit des ersten Quartals abgewartet werden. Degegen läßt sich aber durch Vergleichung des Aufkommens im Mai mit den Erträgen des gleichen Monats in den Vorjahren feststellen, welche Steuern den größten Ausfall aufweisen. Stellt man zu diesem Zweck die Ergebnisse der einzelnen Massensteuern und der Besitzbelastung einander gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild:

	Aufkommen in Millionen Mark		
	Mai 24	Mai 25	Mai 26
Lohnsteuer	88	137	83
Umsatzsteuer	185	116	62
Beförderungssteuer	19	26	22
Zölle und Verbrauchssteuern	93	144	161
Massenbelastung	335	423	326
Besitzbelastung	184	188	109
Gesamtaufkommen	519	611	435
Anteil der Massenbelastung	64%	70%	75%

Diese Uebersicht zeigt auf der Seite der Massensteuern einen starken Rückgang der Einnahmen aus der Lohnsteuer und vor allem aus der Umsatzsteuer, deren Ertrag auf etwa die Hälfte gesunken ist. Nur Zölle und Verbrauchssteuern weisen eine weitere Steigerung auf. Insgesamt ist aber der Ausfall bei der Besitzbelastung verhältnismäßig viel größer als bei der Massenbelastung, er beträgt gegenüber Mai 1925 bei der Massenbelastung nur 23 Proz., bei der Besitzbelastung dagegen 42 Proz. Daher kommt es auch, daß der prozentuale Anteil der Massenbelastung am Gesamtaufkommen nicht nur nicht gesunken, sondern weiter gestiegen ist. Während er im Mai 1924 noch nicht zwei Drittel betrug, erreicht er jetzt drei Viertel. Das Monatsergebnis mit den niedrigsten Gesamteinnahmen weist also zugleich den höchsten Anteil an Massensteuern auf. Trotz starker Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit bewähren sich die Massensteuern in wachsendem Maße als Hauptstütze der Reichsfinanzen.

Eine Erhebung bei den Arbeitslosen.

Um die Einführung des Lohnklassensystems.

Der Reichsrat hat den Gesetzentwurf über eine Erhebung der Erwerbslosenfürsorge angenommen. Der Reichsarbeitsminister wird dadurch ermächtigt, die Verteilung der Arbeitslosen auf die geplanten einzelnen Lohnklassen feststellen zu lassen. Bei einer solchen Erhebung wird es jedoch nicht nur darauf ankommen, das letzte Lohnneinkommen zu ermitteln, gleichzeitig muß festgestellt werden, was der Erwerbslose an Unterstützung erhält. Es wird sich ja dann erweisen, ob die Behauptung richtig ist, daß die gegenwärtigen Unterstützungssätze häufig die Löhne übersteigen.

Der Reichstag soll die Vorlage ebenfalls vor seinen Ferien verabschieden, damit die Erhebung noch in den nächsten Wochen eingeleitet werden kann.

Jeder anständige Mensch . . .!

Von Hans Bauer.

Was ist wohl das Komischste auf der Welt? Ei, das, was man mit einem früher sehr häufig gebrauchten Wort als Stehrotenproletarier bezeichnet: jener schlecht entlohnte, ausgehungerte, zusammengestauchte Arbeitermensch, der aus Gründen des gesellschaftlichen Renommee sein wahres soziales Dasein mit verklärendem Schimmer umgibt, der sich selbst etwas vormacht, der für „was Besseres“ angesehen werden möchte und der um den Preis der Aufrechterhaltung des trügerischen Scheins auf die Mitwirkung in dem Kampf verzichtet, der darum geht, daß er in Wirklichkeit „was Besseres“ werde als die Nummer, die Figur eines Fobrikherrn. Solch ein Kauz bringt gern alle erdenklichen Opfer für seine eingebildete Rolle und hat nur Furcht vor diesem einen: vor der Ignorierung durch die „gute Gesellschaft“. Er will durchaus so sein wie sie, und da es nun bei ihm vorn und hinten nicht dazu langt, ihr äußeres Leben zu führen, so nimmt er wenigstens ihre Sittenbegriffe an: das einzige, was man ihm kostenlos abläßt.

Dieser verbollhornte Missionar der Wertigkeit ist das gefundene Fressen der Reicher. Wilhelms Imprefario, der Graf Westarp, weiß das und hat für seine Partei einen Ausruf verfaßt, in dem er sich eigens an jenes Stück Maßbeur von einem Staatsbürger wendet. Das Politische, das Weltanschauliche, um das es am 20. Juni geht, wird in diesem Ausruf ganz auf das Geleise der Wohl-erzogenheit und der guten Kinderstube geschoben. Reid und Begehrlichkeit werden den Fürsteneigenen nachgefolgt, Lindank, Mangel an Moral, Raub- und Verbrechensinstinkte. Sogar der liebe Gott wird mobil gemacht, abgleich er in vier Kriegsjahren sich als wenig zuverlässig erwiesen hat. „Jeder anständige Mensch“, heißt es am Schluß, „bleibt den Wahllokale fern.“

Wir haben den hochgestellten Hausburschen der Fürsten daraufhin zu sagen: Soviel Worte ihr uns erzählt, soviel Verlogenheiten kommen aus euerem Mund. Was ihr da an stiltlichen Kinderwertigkeiten zusammenträgt, das gehört ins Kuriositätenkabinett. Eure Moral ist für uns völlig unverständlich. Wir wissen, daß sie für euch eine reine Zweckmäßigkeitangelegenheit ist, ein praktischer Befehl, daß ihr immer zuerst eure Interessen aufs Korn nehmt und dann, ganz nach Belieben, in freier Entscheidung, mit sauererämer Billigkeit, die Sittenbegriffe so zurechtneuet, daß sie zu euren Interessen passen. Wir wissen, daß es kein einziges Gebot der Bibel, keine einzige ethische Vorchrift gibt, auf die ihr den geringsten Wert legt, wenn eure Barrechte und euer Machtgehör damit kollidieren. Wir wissen, daß ihr im Kriege neidisch, begehrlich, räuberisch dachtet, daß ihr töten und stehlen leßt, daß euch kein Schwindel zu plump war, als daß ihr ihn für eure Zwecke nicht in die Welt gesetzt hättet. „Jeder anständige Mensch“; Ach, dieser Begriff ist für euch kein

Band, das hoch und nieder umschlingt, er ist eine Beine, an der ihr eure Hunde hängt.

Wir wollen beweisen, daß mehr als 20 Millionen in Deutschland wohnen, die diese Hundequalitäten nicht besitzen und die deshalb gegen die Enteignung stimmen. Wegen jene, die die Fürsten über sie verhängen wollen.

Ja! Ja! Ja!

Ein Fürstenpiegel.

Wie war's in Deutschland doch vordem für unsere Fürsten so bequem! Mit Schmetterling und Talarlä fuhr Wilhelm vom und zum Palä, regierte feisch, fromm, fröhlich, frei und dachte weiter nichts dabei. Und wenn er gar noch reden lat, war's oberfauler Kopfsalat. Der brave Bürger hat geguckt, als wäre ihm ins Hirn gespuckt und wußte schließlich nur: hurra die Majestät!

Tata—Tata!

Die andern waren nicht viel besser, wenn auch nicht solche Eisenreiser. Sie liebten Wein, Weib und Gesang und war'n in Bamberg mittenlang. Ruppertus Rex nur beispielsweise! Es war halt eine glatte Reife als Fürst in einem deutschen Land mit Millionen in der Hand. (O, hält' es ewigen Bestand!)

Ganz wie die Väter so nicht minder denn auch die ungezählten Kinder! Wer dachte nicht mit Hochgenuß an Wilhelms ersten Füllus, berühmt durch seine Telegraphie und durch den Schwarm für Amalie, im Kreise Deutschlands schönste Zier beim Charlevoiller Hauptquartier?

Hier sind wir glücklich auf der Spur der laujendjährigen Kultur, wodurch das herrliche geschah.

Tata—Tata!

Was ist denn herrliches geschah? Das Volk, es durfte betteln gehn. Es zahlte Steuern, Maut und Zoll, damit der Fürstenschädel schwoll. Kurzum: Bei seinen Potentaten war es verkauft stets und verraten, verkauft oft Stück für Stück als Vieh. Darum bedenkt; Jetzt oder nie!

Warum ist morgen Volksentscheid? Daß ihr einmal die Klügern seid! Das Glück kommt einmal nur im Leben. Wollt ihr es aus den Händen geben? Es geht um unser Eigentum. Kein Fürst verhungert je darum. Was uns gehört, zurückzuholen: Ein Lump nur heißt so was: geflohen! Wenn ihr es aber anders macht, geschieht euch das



und Wilhelm lacht. Der ganze Schwarm kehrt dann zurück und aus ist's mit der Republik. Der Sohn folgt wieder dem Papa.

Tata—Tata!

Wollt ihr es nicht, dann zeichnet: Ja! Ja! Ja!

Peter Jgel.

Ein Weltbund der Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten wurde in Paris mit dem Ziel gegründet, die rechtliche und wirtschaftliche Lage der Urheber zu verbessern. Der Schutz der Werke der Kunst und Literatur soll auch dort begründet werden, wo er noch nicht besteht. Insbesondere soll — auf Vorschlag des Syndikus Dr. Wenzel Goldbaum — dahin gewirkt werden, daß alle Vorbehalte, die einzelne Verbandsstaaten gemacht haben, gestrichen werden, daß die Schutzfrist auf mindestens 50 Jahre erstreckt und in allen Verbandsstaaten eingeführt wird.

Obwohl dem Weltbund zwanzig Nationen angehören, hat seine Forderung auf Verlängerung der Schutzfrist kaum Aussicht auf Erfüllung.

In der Staatsoper singt in der Zigeunerbaron-Aufführung an Stelle der verletzten Frau de Struzzi Vera Schwarz die Soff.

Berichtigung. In den Bericht über die Uraufführung des „Fischen Michel“ in der Volksbühne hat sich ein Fehler eingeschlichen. Es müßte heißen: Leo Reuh ragte als alter bedächtiger Bauer und Werner Dollmann als pfiffiger Katal des Grafen hervor.

England und der Volkentscheid.

Wie man im Ausland über Wilhelm urteilt.

Als jüngstes Schwindelnummer hatte die „Deutsche Zeitung“ behauptet, daß in Amerika große Besorgnis über die Möglichkeit eines Sieges des Volkentscheids herrsche, daß die amerikanischen Bankiers darin eine grundsätzliche Gefährdung des Privateigentums in Deutschland erblickten und daher eine Sperrung der Kredite für Deutschland beabsichtigten. Sie seien dieserhalb sogar schon in Verbindung mit Londoner Bankiers getreten. Das Blatt von Clah und Sodenstern malte schon das Schreckgespenst einer größeren deutschen Arbeitslosigkeit an die Wand. Wir haben sofort das Grotesk-Schwindelhafte dieses angeblichen amerikanischen Telegramms der „Deutschen Zeitung“ gebührend gekennzeichnet. Wie der angelsächsische Kapitalismus die deutsche Volksbewegung für die Enteignung der Fürsten beurteilt, mag man aus den nachstehenden wenigen Zeilen ersehen, die im rechtsliberalen Londoner Blatt „Daily News“ vom 16. Juni an Leitartikelstelle unter der Ueberschrift „Der Deserteur von Doorn“ erschienen sind:

Jene, welche die Möglichkeit einer Wiederauferstehung der Monarchie befürchten, müssen durch die letzten Nachrichten aus Berlin beruhigt worden sein. Der Volkentscheid am nächsten Sonntag zum Zwecke der Konstitution des Hohenzollernschen Reiches hat in Deutschland die leidenschaftlichste Begeisterung erzeugt. Etliche 250 000 Republikaner haben bereits vor dem ehemaligen Schloß des Kaisers demonstriert und haben sich dazu verpflichtet, „keinen Pfennig den Fürsten“ zu geben. Ein Plakat, das die Hohenzollernfürsten am Galgen zeigte, rief stürmischen Beifall hervor. Der Sonntag wird als ein „Tag der Abrechnung“ mit dem Namen bezeichnet, der das Volk ruiniert hat. Es ist ein selbstloser Gedanke, daß der „Deserteur von Doorn“ noch vor etwa zehn Jahren als ein Symbol der Größe Deutschlands in denselben Straßen jubelt wurde, wo er jetzt als der Schuldige am deutschen Niedergang verdammt wird. Jedenfalls beweisen diese grimmigen Kundgebungen in unmissverständlicher Weise, daß, als der Kaiser in der Stunde der Demütigung Deutschlands Potsdam verließ, es auf Nimmerwiedersehen geschah.

Mag auch dieser Artikel nicht in allen Einzelheiten zutreffen, von einer besonderen Sorge der kapitalistischen Kreise des Auslandes gegenüber einem Sieg des Volkentscheids ist darin nicht das geringste zu verspüren. Dabei ist die Tonart der „Daily News“ selbst in Kriegszeiten relativ gemäßig gewesen, woraus man schließen kann, wie erst „der Deserteur von Doorn“ in weniger vornehmen Blättern Englands und besonders Amerikas populär sein muß und welches Mitleid man mit ihm in der Londoner City und in der New Yorker Wallstreet empfindet!

Preussischer Städtetag.

Verwaltungsreform und Selbstverwaltung.

E. R. Düsseldorf, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

In Düsseldorf trat heute der Hauptauschuß des Preussischen Städtetages zusammen, der in seiner heutigen Sitzung ein Referat des Präsidenten Dr. Mülert über Verwaltungsreform entgegennahm. In seinem eingehenden und durchdachten Referat führte Mülert aus, daß die gesamte innere deutsche Entwicklung zweifellos auf den Einheitsstaat hingeht, allerdings vollziehe sich diese Entwicklung nicht mit logischer Konsequenz, sondern nur langsam, schrittweise und organisch. Es sei aber kein Zweifel darüber, daß alle wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Tendenzen auf eine möglichst große Einheit des gesamten innerdeutschen Verwaltungswesens hinstreben. Im Rahmen dieser zur zentralen, unitarischen Verwaltung hinstrebenden Entwicklung sei es unbedingt notwendig, durch eine Stärkung der Selbstverwaltung die unbedingt notwendige Dezentralisation zu erleichtern. Demokratie und Selbstverwaltung dürften nicht, wie Zweifel behaupten, in Widerspruch zueinander geraten. Im Gegenteil: sie bedingten sich gegenseitig. Unter diesem Gesichtspunkt sei es notwendig, die ganze Gesetzgebung und alle maßgebenden Körperschaften physiologisch darauf einzustellen, daß eine überflüssige zentrale Reglementierung durch Regierung und Parlamente unterbleibe und daß der örtlichen Initiative über freie Selbstverwaltung möglichst weiter Spielraum gelassen werde. Außerdem werde es notwendig sein, soweit als irgend möglich ein Zusammengehen und Zusammenarbeiten der verschiedenen Behörden und Instanzen miteinander anzustreben.

Der Hauptauschuß des Städtetages stimmte nach längerer Debatte einer vom Präsidenten Mülert vorgelegten Resolution zu, die im Sinne seines Referates die Notwendigkeit eines weiteren Aufbaues der kommunalen Selbstverwaltung energisch unterstrich.

Unwahre Behauptungen der „Kreuzzeitung“

Minister Severing über die Pflichten politischer Beamter der Republik.

In der Abendausgabe vom 17. Juni 1926 behauptet die „Kreuzzeitung“ in einem Artikel mit der Ueberschrift „Eine unerhörte Provokation Severings“, daß der preussische Minister des Innern Severing auf Grund der Ablehnung einer Einladung des Reichsbanners zu einer Fahnenweihe durch einen Landrat einen Kundenerlaß an alle Landräte herausgegeben habe, in welchem die Landräte darauf hingewiesen worden seien, daß sie die Teilnahme an Veranstaltungen des Reichsbanners nicht ablehnen dürften.

Diese Behauptungen der „Kreuzzeitung“ sind, wie der Amtliche Preussische Pressedienst feststellt, unwahr. Ein Erlaß derartigen oder ähnlichen Inhalts an die Landräte Preußens ist niemals vom preussischen Minister des Innern herausgegeben worden. Dem im Zusammenhang mit diesen Behauptungen von der „Kreuzzeitung“ erwähnten Einzelfall liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Der Landrat von Hann.-Münden hatte im Juni v. J. die Einladung des Reichsbanners zur Teilnahme an einer Reichsbannerfahnenweihe in Münden abgelehnt mit der Begründung, daß er wegen der ausgesprochenen innerpolitischen Einstellung des Reichsbanners sich die Teilnahme an der Feier versagen müsse; er sei kraft seines Amtes zur unparteiischen Haltung allen Bevölkerungsschichten gegenüber verpflichtet und fürchte, diese Haltung durch Teilnahme an der Feier in Frage zu stellen. — Derselbe Landrat war jedoch drei Wochen vorher ebenfalls in Hann.-Münden dem Festauschuß zur Vorbereitung einer Fahnenweihe eines dem Ruffhäuser-Bundes angehörigen Militärvereins beigetreten und hatte selbstverständlich auch der Feier, an der u. a. der Stahlhelm und der Wing-Bund teilgenommen haben, beigewohnt. Durch dieses Verhalten des Landrats fühlten sich weite republikanische Volksteile verletzt und beschwerten sich darauf bei der dem Landrat vorgelegten Behörde. Der preussische Minister des

Kompromiß im Lessing-Konflikt.

Ein Forschungsauftrag für Lessing.

Der Amtliche Preussische Pressedienst gibt folgende Erklärung bekannt:

Die unterzeichneten Professoren von preussischen Technischen Hochschulen und Universitäten sind aus freier Entschliebung zusammengetreten, um den Versuch zu machen, die an der Technischen Hochschule zu Hannover entstandenen Unruhen, wenn möglich sofort, zu beseitigen.

Zu diesem Zwecke haben sie sowohl mit Herrn Professor Lessing wie mit der Vertretung der hannoverschen Studenten Fühlung genommen. Die Studenten haben zugegeben, daß die an der Hochschule zu Hannover vorgekommenen Störungen und Unregelmäßigkeiten dem Recht der akademischen Ordnung widersprechen, und daß darum zur Wahrung der akademischen und staatlichen Autorität die Durchführung der Disziplinarverfahren unvermeidlich ist. Auch die Leiter der Bewegung haben sich persönlich bereit erklärt, sich zur Uebernahme der vollen Verantwortlichkeit den akademischen Behörden zur Verfügung zu stellen. Die Vertreter der Studentenschaft haben sich gegenüber den Unterzeichneten verbindlich gemacht, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß fernerhin jede Art von gewalttätiger Störung der Vorlesungen des Professors Lessing oder von Streiks unterbleibe.

Andererseits hat sich Herr Professor Lessing bereit erklärt, kollegial an der Befriedung der Hochschule mitzuwirken. Das unentziehbare Recht der *venia legendi* muß ihm gewahrt bleiben. Er beabsichtigt, die von ihm für diesen Sommer angekündigten Vorlesungen bis zum Schlusse des Sommerhalbjahrs zu Ende zu führen und erwartet, darin keine Störung durch die Studenten zu erfahren. Seine Vorlesungen an der Technischen Hochschule in Hannover würde er mit Ablauf des Semesters einstellen, in der Erwartung, daß er vom Ministerium ein dauerndes Arbeitsgebiet zur Durchführung seiner wissenschaftlichen Forschungspläne erhält.

Die Unterzeichneten haben dem Herrn Minister empfohlen, auf dieser Grundlage das Weitere zu veranlassen.

gez. Dr. Drlich

derzeitiger Rektor der Technischen Hochschule in Berlin.

gez. Dr. Fleischmann

derzeitiger Rektor der Universität Halle.

gez. Dr. Scheel

Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Hochschulen.

gez. Dr. Kahl (Berlin), M. d. R. gez. Dr. Lüders (Berlin).

gez. Dr. Kernst (Berlin).

Hierzu schreibt der Amtliche Preussische Pressedienst: Nachdem die Professoren Drlich, Fleischmann, Scheel,

Kahl, Lüders und Kernst dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die in der obigen Bekanntmachung enthaltene Lösung des Hochschulkonflikts in Hannover empfohlen haben, hat der Minister diesen Anregungen im Einverständnis mit Professor Dr. Lessing entsprochen. Demgemäß ist dem Professor Lessing vom Wintersemester ab an Stelle seines bisherigen Lehrauftrags ein dauernder Forschungsauftrag erteilt worden. Professor Lessing wird seine Vorlesungen bis zum Ende des Sommersemesters fortsetzen; er wird der Technischen Hochschule in Hannover vermöge seiner *venia legendi* weiterhin als außerordentlicher Professor angehören.

Die Disziplinarverfahren gegen die schuldigen Studenten werden von Rektor und Senat der Technischen Hochschule Hannover ordnungsmäßig weitergeführt.

Kundgebung für Lessing.

Zum Fall Lessing hat eine Anzahl von Universitäts- und Hochschullehrern folgende Entschliebung an den preussischen Unterrichtsminister eingereicht:

„Die Unterzeichneten billigen die Haltung des preussischen Unterrichtsministers in der Angelegenheit des außerordentlichen Professors Dr. Lessing. Sie sehen in der republikanischen Betätigung Professor Lessings keinen Grund für das Vorgehen der hannoverschen Studenten. Sie mißbilligen die Ausschreitungen dieser Studenten, die selbst vor der körperlichen Bedrohung eines älteren Dozenten nicht zurückschreckten, und mißbilligen insbesondere das diesen Bedrohungen zugrundeliegende Prinzip, wonach den Studenten ein Abberufungsrecht gegenüber einem ihnen mißliebigen Professor zusteht.“

Unterzeichnet ist der Aufruf von folgenden Herren: Prof. Dr. E. v. Uster, Universität Gießen; Prof. Dr. Carl Böhm, Techn. Hochschule Karlsruhe; Prof. Dr. Heinz Cunow, Universität Berlin; Prof. Dr. Hans Driesch, Universität Leipzig; Prof. Dr. A. Görland, Universität Hamburg; Prof. Dr. A. Grotjahn, Universität Berlin; Prof. Dr. S. Hellmann, Universität Leipzig; Prof. Dr. J. Herrmann, Techn. Hochschule Stuttgart; Prof. Dr. R. Kuste, Universität Köln; Prof. Dr. A. Mark, Universität Breslau; Prof. Dr. Dr.-Ing. e. h. R. Rehmke, Techn. Hochschule Stuttgart; Prof. Dr. A. Nelson, Universität Göttingen; Prof. Dr. Fritz Roether, Techn. Hochschule Breslau; Prof. Dr. H. Kademacher, Universität Breslau; Prof. Dr. A. Schäking, Universität Berlin; Prof. Dr. Hugo Singheimer, Universität Frankfurt a. M.; Prof. Dr. Karl Vorländer, Universität Münster.

Weitere Zustimmungserklärungen von den Lehrern der verschiedenen Hochschulen und Universitäten laufen täglich ein.

Innern sandte darauf im Oktober 1925 nach Anhörung des Landrats an den Regierungspräsidenten den nachfolgenden

Erlaß:

„Der Pionierverein in Hann.-Münden ist eine Vereinigung, die dem Ruffhäuser-Bunde angehört, einem Bunde, der in seiner innerpolitischen Einstellung dem gegenwärtigen Staate mindestens außerordentlich feind gegenübersteht und sich darüber hinaus auch an der Förderung rechtsradikaler Bestrebungen beteiligt, wie es gerade in diesen Tagen durch die Gutheißung der Erklärung der sog. Vaterländischen Verbände zu der Politik der gegenwärtigen Reichsregierung gesehen ist. Die Beteiligung an einer Festveranstaltung eines einem derartigen Bunde angehörenden Vereins ist für einen politischen Beamten der Republik meist bedenklich und wird unmöglich, wenn die Veranstaltung sich zu einer mehr oder weniger antirepublikanischen und monarchistischen Kundgebung auswächst. Daß letzteres bei dem von dem Pionierverein in Hann.-Münden veranstalteten zweiten Pioniertag der Fall gewesen ist, erscheint mir angesichts der Beteiligung rechtsradikaler Verbände an der Tagung mindestens nicht unwahrscheinlich; immerhin will ich von weiteren Klärungen nach der Richtung Abstand nehmen und auch die Frage der Zweckmäßigkeit und Zulässigkeit der Beteiligung an dieser Feier auf sich beruhen lassen.“

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ist eine Organisation, die sich die Pflege der republikanischen Gesinnung und den Schutz der Reichsverfassung und der Landesverfassung in Zeiten der Not unter ausdrücklicher Ablehnung jedweder illegaler Bewaffnung zum Ziele gesetzt hat und die unter Vermeidung einseitigen Anschlusses an eine bestimmte Partei allen Bestrebungen und Organisationen, die mit ihr in diesem Ziele einig gehen, ihre Unterstützung und Hilfe gewährt. Die Festveranstaltung des Reichsbanners in Hann.-Münden war eine Fahnenweihe und sollte allgemein der Stärkung des republikanischen Gedankens dienen. Die Einladung zu dieser Veranstaltung wurde vom Landrat, wie in dem Antwortschreiben ausdrücklich anerkannt wird, als ein Beweis des Bestrebens des Reichsbanners, in Hann.-Münden zur Ueberbrückung der Gegenläufigkeit unseres Volkstums beizutragen, aufgesetzt. Die Ablehnung einer als so wohlgemeint anerkannten Einladung zu einer den republikanischen Gedanken stützenden Festveranstaltung mit der Begründung der Befürchtung einer Verletzung der unparteiischen Haltung gegenüber allen Bevölkerungsschichten bedeutet eine völlige Verkennung der Stellung eines politischen Beamten der Republik.

Der politische Beamte hat klar und entschieden für die Republik einzutreten und kann dort, wo es sich offensichtlich um eine Veranstaltung zur Stärkung des republikanischen Gedankens handelt, eine Beteiligung als Ehrengast nicht mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Unparteilichkeit in solchen Dingen ablehnen.

Die Teilnahme an der Fahnenweihe in Hann.-Münden konnte der Landrat um so weniger ablehnen, als er kurz vorher keine Bedenken getragen hatte, an der Veranstaltung des Pioniervereins sich zu beteiligen. Er hätte durch seine Teilnahme, die sich durchaus nicht auf alle Einzelveranstaltungen des Festprogramms zu erstrecken brauchte lediglich zum Ausdruck gebracht, daß er ebenso gewillt sei, an den Festen der republikanisch gesinnten Bevölkerungsteile sich zu beteiligen, wie an den Feiern der dem gegenwärtigen Staate ablehnend gegenüberstehenden Bevölkerungsteile. Daß er statt dessen nicht nur von der Fahnenweihe des Reichsbanners fernblieb, nachdem er den Pioniertag mitgemacht hatte, mußte in der Öffentlichkeit und besonders bei der verfassungstreudigen Bevölkerung geradezu als eine gegen den republikanischen Staat, dessen Vertreter er in seinem Kreise sein soll, gerichtete Demonstration wirken. Das Verhalten des Landrats kann daher nur als völlig unverständlich bezeichnet werden und verdient schärfste Mißbilligung.

Ich ersuche, dies dem Landrat zu eröffnen und meiner Erwartung Ausdruck zu geben, daß er sich in künftigen ähnlichen Fällen anders verhalten wird.“

Weiteres ist nicht erfolgt. Trotzdem macht aus diesen Eröffnungen des Ministers an einen einzelnen Landrat die „Kreuzzeitung“ ein „ungeheuerliches Annehmen an die Seering unterstellten Beamten“ und glaubt, sie als eine „Willküranordnung und groben Verfassungsbruch“ bezeichnen zu müssen!

Der Beamte stimmt mit „Ja“!

Erklärung des ADB.

Der Gesamtvorstand des Ortsausschusses Berlin des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat in seiner Sitzung am 15. d. M. noch einmal zur Frage der Fürstenabfindung Stellung genommen.

Er erklärt es für eine selbstverständliche Pflicht jedes Beamten, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, daß der Gesetzentwurf über Enteignung der Fürstenvermögen Gesetz wird. Wird am 20. Juni 1926 zugunsten der Fürsten und zu Ungunsten des schwer leidenden deutschen Volkes entschieden, dann werden nicht nur die Steuerlasten bedeutend erhöht, die Wirtschaftskrise verstärkt, sondern die Gefahr einer Besoldungs- und Rechtsminderung für die Beamten heraufbeschworen. Heute schon ist für die notleidenden unteren und mittleren Besoldungsgruppen kein Geld für eine bescheidene Entschuldungsaufbesserung vorhanden. Wie wird es erst werden, wenn zu den Reparationslasten, die sich noch gar nicht voll ausgewirkt haben, die Fürstenmillarden aufgebracht werden müssen!

Wer am 20. Juni der Abstimmung fernbleibt, oder mit „Rein“ stimmt, stimmt gegen das Berufsbeamtentum in den unteren Besoldungsgruppen und gegen jede Verbesserung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse auf längere Zeit hinaus.

Am 20. Juni stimmt jeder Beamte mit seiner Familie mit „Ja“. Fritz Körber, Paul Wohlthat, Karl Feierabend, Paul Weidemann, Otto Senger, A. Steffelbauer.

Die Mörder von Perlach.

In letzter Instanz freigesprochen.

Leipzig, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der erste Straffenat des Reichsgerichts beschäftigte sich am Freitag nochmals mit der Sache der Perlach Arbeitermörder. Die Angeklagten, der Kaufmann Georg Pölzing und der Kaufmann Erich Präfert, welche wegen Anstiftung sowie Mord in 12 Fällen vom Schwurgericht München am 20. Januar 1926 freigesprochen wurden, hatten im Mai 1919 in der Person als Leutnant bzw. Bizeugsmeister der 2. Eskadron des Freikorps Lühow die Erschießung von 12 unschuldigen Arbeitern aus Perlach vornehmen lassen. Die Arbeiter sollen sich angeblich als Aufrührer betätigt haben. Die von der Staatsanwaltschaft gegen dieses Urteil eingelegte Revision wurde verworfen und somit der Freispruch der Mörder bestätigt.

Das Ende der belgischen Staatsbahnen.

Sozialistische Widerstände im Kabinett.

Brüssel, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerrat beschloß am Freitag mit der Umwandlung der belgischen Staatsbahnen in eine selbständige Gesellschaft. Francqui hat hierüber bereits einen Plan ausgearbeitet, dessen Durchführung er als wesentlich für die Frankanjanierung betrachtet. Ueber die Grundzüge dieses Planes herrschen aber noch starke Meinungsverschiedenheiten zwischen Francqui und dem sozialistischen Eisenbahnminister Anseele. Die Sozialisten wollen die Eisenbahn keinesfalls dem kapitalistischen Einfluß ausliefern und ebensowenig die Interessen der Eisenbahner schädigen. Die sozialistische und die christliche Eisenbahnergewerkschaft unterstützen diesen Standpunkt. Es ist unter diesen Umständen außerst fraglich, ob eine Einigung im Kabinett über diese Frage möglich sein wird.

Gewerkschaftsbewegung

Schiedspruch für die Herrenkonfektion. Die Lohnabbaupläne vereitelt.

Die Schiedsgerichtsverhandlungen für die Herrenkonfektion, die im Laufe dieser Woche im Reichsarbeitsministerium stattfanden, führten nach harten Auseinandersetzungen zu einem Schiedspruch, der das bisherige Lohnabkommen mit seinen Lohnhöhen in unänderlicher Form verlängert. Der Schiedspruch ist bis zum 30. November erstmalig kündbar.

Der Schiedspruch setzt den Heimarbeiterzuschlag auf 10, 7½ und 6 Proz. in den einzelnen Stoffen fest. Der Versuch des Arbeitgeberverbandes, den Zuschlag auf 5, 4 und 3 Proz. herabzudrücken, mißlang; desgleichen der Versuch, eine Sonderjerie für Großstücke mit einem Abschlag von 10 Proz. einzuführen, was einer Lohnreduzierung von 10 Proz. gleichkommen wäre. Ferner hat das Schiedsgericht eine generelle Kürzung der Löhne für Hosen und Westen in allen Serien um 10 Proz. abgelehnt und lediglich bestimmt, daß für drei Positionen der Hosen und Westen eine Sonderjerie mit einer um 10 Proz. geringeren Arbeitszeit wie die vorherige festgesetzt wird. Als Berechnungslohn für die bisher im Tarif vorgesehenen Lodenarbeiten wird statt des Einheitslohnes ein gekürzter eingeführt.

Als Ganzes betrachtet, zeigt der Schiedspruch, daß die von den Arbeitgebern geforderten weitgehenden Lohnkürzungen fast alle abgewehrt wurden. Die Konfektionsarbeiter-schaft hat dem Unternehmertum gezeigt, daß sie sich einseitige Lohnbedingungen nicht diktieren läßt und, gestützt auf ihre Organisation, erfolgreichen Widerstand zu leisten vermag.

Um die Durchführung des Eisenbahnerschiedspruchs

Am Freitagnachmittag begannen zwischen der Reichsbahn-Gesellschaft und den Tariforganisationen der Eisenbahner die Verhandlungen zur Durchführung des Schiedspruchs. Da das Urteil des Reichsbahngerichts grundsätzlich Klarheit geschaffen hat und die Reichsbahn schon aus Ersparnisgründen sich für eine Abkürzung des Lohnberechnungsverfahrens durch Pauschalzahlungen entschließen dürfte, sind besondere Schwierigkeiten nicht zu überwinden, so daß das Ergebnis der Verhandlungen bereits am Sonnabendnachmittag im wesentlichen vorliegen wird.

Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der Reichsbahn-Gesellschaft zur Klärung des Einflusses des Reichs auf die Reichsbahn beginnen am Montag, da der Unterhändler der Reichsbahn-Gesellschaft, Herr v. Siemens, gegenwärtig noch in Karlsbad weilt und erst gegen Ende der Woche in Berlin wieder eintreffen wird.

Nachlese zum Kampf in Kummelsburg.

Eine Verdächtigung des Baugewerksbundes.

Die „Rote Fahne“ brachte am Mittwoch eine Notiz über den Kampf in Kummelsburg, die geeignet ist, das Verhalten des Baugewerksbundes in einem bedenklichen Lichte erscheinen zu lassen. Es wird in dieser Notiz gesagt, der Baugewerksbund habe Maurer nach dem Krattwerk Kummelsburg geschickt, obgleich Mitglieder des Baugewerksbundes aus Anlaß des Kummelsburger Streiks noch gemarginalisiert sind. An diese Behauptung wurde die Bemerkung geknüpft, daß diese Handlung wohl „eine Gefälligkeit der Firma gegenüber“ sei, um diese zu veranlassen, ihre vertraglichen Verpflichtungen einzuhalten. Davon kann gar keine Rede sein. Der Baugewerksbund hat sein Recht geltend gemacht. Die Firma hat sich auch nicht geweigert, unsere Kollegen einzustellen. Nachstehendes Schreiben, das der Baugewerksbund, Baugewerkschaft Berlin, der Redaktion der „Roten Fahne“ zugehen ließ, hat sie bis heute nicht veröffentlicht:

„In der Nr. 137 der „Roten Fahne“ bringen Sie eine Notiz „Der Kampf in Kummelsburg“, die den Anschein erwecken kann, als seien wir für unsere Kollegen nicht nur nicht eingetreten, sondern hätten ihnen sogar einen „Streik“ gespielt. Wir wissen nicht, auf was für Informationen Sie sich stützen. Nach unserer Streikliste sind sieben Zementierer und Flechter bei Wiederaufnahme der Arbeit nicht sofort eingestellt worden. Unserem Verlangen an die Firma Boswau u. Knauer, diese Kollegen wieder einzustellen, hat die Firma entsprochen, soweit unsere Kollegen nicht selbst, mit Rücksicht auf die wenige noch vorhandene Zementarbeit, nach Zusage der Wiedereinstellung, auf Wiedereinstellung verzichteten.“

Es sind also Mitglieder des Baugewerksbundes auf der Baustelle Kummelsburg der Firma Boswau u. Knauer durch Maß-

regelung nicht mehr betroffen. Es lag deshalb gar kein Grund vor, Maurer, die nicht Zementarbeit machen sollen, nicht bei B. u. K. anfangen zu lassen. Soweit Mitglieder anderer Organisationen, wie etwa „Industrie-Verband“, „Gruppe Bau“ (früher B. d. a. B.) oder „Weyer-Leute“ usw., nicht eingestellt wurden, ist deren Vertretung aus eigenem Willen der Mitglieder in die Hände der genannten Organisationen gelegt. Falls Sie unsere Berufskollegen dieser Organisationen stützen wollen, würden Sie sich wohl an die genannten Organisationen wenden müssen.“

Will die RPD, den „Industrie-Verband“ und die „Weyer-Union“ beschützen?

Ein Bravo der Belegschaft von Schwarzkopff in Wildau!

Auch bei der Firma Schwarzkopff in Wildau wird seit einiger Zeit verlust, eine „Vaterländische Arbeiterbewegung“ aufzupöppeln. Doch auch hier ist der Firma trotz des hohen Einflusses kein Gewinn beschieden gewesen.

Trotz der großen Anstrengungen schnitten die Vaterländischen bei der Betriebsratswahl geradezu kläglich ab. Die freigewerkschaftliche Liste erhielt 763 Stimmen und 11 Mandate, die vaterländische Liste ganze 60 Stimmen und kein Mandat.

Anerkannt werden muß, daß dieser Erfolg vornehmlich der zähen Aufklärungsarbeit der im Betrieb tätigen Funktionäre und Gewerkschaftsmitarbeiter zu verdanken ist, die ihre ganze Kraft für die Propaganda gegen diese „Auchgewerkschaftler“ einsetzten. Sie werden in ihrer Arbeit für die freien Gewerkschaften nicht erlahmen, sondern mit verdoppeltem Eifer dahin streben, daß diese willigen Diener der Unternehmer bei der nächsten Betriebsratswahl überhaupt keine Stimme mehr erhalten.

Tariffbewegung in der Lederwarenindustrie.

Zurückgewiesene Verschlechterungsversuche.

In der Lederwarenindustrie haben die Unternehmer die Modetracht mitgemacht. Sie haben die Tarifverträge gefündigt und überall solche Verschlechterungen verlangt, daß schließlich kein Stein mehr auf dem anderen blieb. Lohnkürzungen, Abbau der Ferien waren die Hauptpunkte, auf die es die Unternehmer abgesehen hatten. Aber auch dem Achtstundentag ging man zu Leibe.

Schließlich kam es nach mehrmaligen erfolglosen Verhandlungen für das Berliner Vertragsgebiet zu einer Regelung, die einige Verschlechterungen in der Feiertagsbezahlung enthält, aber im wesentlichen die bisherigen Bestimmungen aufrechterhält. Die Ferienregelung wurde so getroffen, daß nach sechsmonatiger Beschäftigung drei Tage, nach einem Jahre fünf Tage Ferien gewährt werden, die bis zu zehn Tagen nach zehnjähriger Beschäftigung steigen. Der Tarif wurde auf die Ausstattungsindustrie und das Verbot der Heimarbeiter auf die Artikel dieser Industrie ausgedehnt. Die Entscheidung der Heimarbeiter wurde auch auf die Stellung der Wohnung, Heizung und Licht festgelegt. Die Vertragsdauer läuft vom 1. Mai 1926 bis 5. April 1928. Diese Vertragsregelung gilt für die Betriebe in Berlin, im Regierungsbezirk Potsdam, in Mecklenburg-Strelitz, Mecklenburg-Schwerin, Pommern, Freistaat Anhalt, Württemberg und Provinz Sachsen, mit Ausnahme des Regierungsbezirks Erfurt.

Für das Offenbacher Gebiet wurde am 23. April ein Schiedspruch des Tarifamtes gefällt, der die Verschlechterungsanträge der Unternehmer in der Hauptsache abwies. Viele wollten auch den Achtstundentag praktisch beseitigen, da die ersten fünf Lederstunden der 48-Stunden-Weeke zuzuschlagen seien sollten. Der Akkordzuschlag sollte beseitigt, die Heimarbeiter sollten entrechtet werden. Das sind bei weitem nicht alle Wünsche, die die Unternehmer hatten.

Da die Unternehmer den Schiedspruch des Tarifamtes ablehnten, beantragte der Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuille beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeits-Erklärung. Die Unternehmer erschienen zwar zu den Verhandlungen über diesen Antrag, verhandelten aber nicht, sondern sagten, sie müßten es sich erst überlegen, ob sie überhaupt verhandeln wollten. Schließlich schickten sie eine Erklärung, daß sie an weiteren Verhandlungen nicht mehr teilnehmen würden. Darauf ist am 8. Juni der Schiedspruch vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden.

Freie Gewerkschaftsjugend.

Arbeit für den Volksentscheid! Der Ortsausschuß Berlin des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Spitze der gesamten freien Gewerkschaftsbewegung, hat seine Mitglieder zur regsten Mitarbeit für den Volksentscheid ausgerufen. Die Freie

Gewerkschaftsjugend nun, die ein Teil der gesamten Gewerkschaftsbewegung ist, muß gleichfalls dieser Aufforderung Folge leisten. Soweit sie wahlberechtigt ist, muß sie ihr Wahlrecht ausüben, darüber hinaus müssen sich alle kräftig an der Wahlarbeit beteiligen; stellt sich auch für die Verarbeitung zum Volksentscheid den verschiedenen tätigen Stellen zur Verfügung. Tragt dazu bei, daß der Volksentscheid ein Sieg wird!

Achtung, Funktionäre der Gruppen! Am Montag, den 21. Juni findet die Zusammenkunft der Gruppenleitungen im Verbandsbureau der Metallarbeiter in der Linienstr. 83/85 statt. Verbandsbuch und Funktionärausweis legitimiert.

Wie die Arbeiter „abgefunden“ werden.

Am 16. Juni wurde auf Seche Margarethe die Belegschaft von 1000 Mann bis auf einige Beamte und Rotkondensarbeiter entlassen. — Auf dem Förder Verein (Pöbnitz) wurden das Blechwalzwerk, das Thomaswerk und die Salzenmühle stillgelegt. Infolgedessen kamen rund 950 Arbeiter zur Entlassung.

Die Internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Internationale Arbeitskonferenz beriet am Freitag diejenigen Teile des Geschäftsberichts, die sich mit Schiffsarbeitsfragen befassen. Die Aussprache brachte auch hierbei eine Reihe von Klagen über die zu langsame Ratifikation der beschlossenen Arbeitsabkommen und ihre mangelhafte Durchführung in verschiedenen Ländern. Direktor Albert Thomas teilte mit, daß das Arbeitsamt eine kleine Sonderabteilung für Schiffsarbeitsfragen, die man im Jahre 1922 aus Sparmaßregeln hatte eingehen lassen müssen, geschaffen habe und sie in den nächsten Jahren erweitern zu können hoffe.

Die Mandatsprüfungskommission hat mit zwei Stimmen gegen die des Arbeitervertreter beschlossen, die Protesteingaben des Internationalen Gewerkschaftsbundes gegen das Mandat des italienischen „Arbeitervertreter“ Rossini aus dem Grunde abzulehnen, weil internationale Organisationen kein Recht zu solchem Einspruch haben. Immerhin war die Kommissionsmehrheit dabei ihrer Sache so wenig sicher, daß sie der Konferenz zugleich den Antrag unterbreitete, über diese Frage eine Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs einholen zu lassen. Die Konferenz wird sich am Sonnabend mit der Frage befassen.

Die Militärkommission der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz hat beschlossen, ihre Arbeiten Ende Juni oder Anfang Juli für drei Wochen zu unterbrechen. Man hofft, bis dahin von den sieben Fragen der Diskussionsgrundlage drei durchberaten zu haben.

Der Argentinische Gewerkschaftsbund im IGB.

(IGB.) Trotz intensiver Heftkampagnen anarcho-sindikalistischer, kommunistischer und sozialistischer Elemente hat sich im Februar d. J. in Argentinien ein freigewerkschaftliche Landeszentrale herausgebildet: „Confederacion Obrera Argentina“, Buenos Aires, Saavedra 582. Die Confederacion, die bereits auf dem Gründungskongreß den Anschluß an den IGB in Aussicht nahm, hat nun beim Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes offiziell diesen Anschluß beantragt. Es ist zu erwarten, daß die Gründung der Confederacion sowohl zur Konsolidierung der durch politische Sektierertum zerrissenen argentinischen Gewerkschaftsbewegung als auch zur Festigung der Gewerkschaftsbewegungen in anderen südamerikanischen Ländern beitragen wird, wo bereits die ersten Schritte zum nationalen Zusammenfluß der schwachen Gewerkschaften zurückgelegt sind. Die neu gegründete Landeszentrale zählt etwa 8000 Mitglieder.

Zimmerer! Heute, Sonnabend, 7 Uhr. Mitglieberversammlung der Bezirke 29 (Zegel) und 30 (Reinholdenberg) im Volkshaus Reinholdenberg, Gornsdorferstr. 104, und für den Bezirk 32 (Weißensee) bei Regel, Köhlerstr. 104, Straßburger Straße. In beiden Versammlungen wird Bericht vom 24. Verbandstag gegeben. Kameraden, sorgt für guten Besuch dieser Versammlungen!

Versammlung aller streikenden Formet der Firma Bergmann (Potenzial) am Montag, 21. Juni, vormittags 10 Uhr, im Verbandsbureau der Deutschen Metallarbeiterverbände (Stühnenstr. 83/85). Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich für Inhalt: Groß-Kreuzer: Wirtschaft: Arthur Saltruss; Gewerkschaftsbewegung: A. Steinert; Freilicht: R. A. Wäber; Politik und Sonstiges: Frau Karstädt; Musik: Th. Glöckler; Ländlich in Berlin: Berlin: Formaris-Berlin G. m. b. H. Berlin, Preuß. Formaris-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co. Berlin SW 68 Lindenstraße 2. Hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Witz“.

KINDER-WOCHE

Um den Kindern eine besondere Freude zu machen, haben wir in unseren Häusern einen Vergnügungspark eingerichtet, in dem die Kleinen sich in Begleitung Erwachsener nach Herzenslust belustigen können.

Kinder-Taschentücher

Taschentücher mit Bildern..... ¼ Dutzend	65 Pf.
Taschentücher weisse Linon, mit bunter Kante..... ¼ Dutzend	70 Pf.
Taschentücher weisse Batist, mit farbiger Kordelkante und farbigen gestickten Buchstaben..... ¼ Dutzend	125 Pf.
Taschentücher weisse Linon, mit bunter Kante u. bunten gestickten Buchstaben..... ¼ Dutzend	175 Pf.



Von 9 bis 11½ Uhr

Morgen-Konzert

in unseren Häusern beim Vergnügungspark

Leipziger Strasse
Alexanderplatz
Frankfurter Allee



Kinder-Wäsche

Mädchen-Hemden mit voller Achsel u. Langsette, Lg. 45-50 cm, durchweg	95 Pf.
Mädchen-Hemden gutes Hemdentuch, m. voller Achsel u. Stück garn., Lg. 45-50, durchw.	145 Pf.
Mädchen-Beinkleider Kleinform, aus gutem Wäschestoff, mit Stickerel garniert, Länge 50-55 cm..... durchweg	125 Pf.
Prinzessröcke für Mädchen, gut. Hemdentuch, mit voller Achsel u. breit. Stück, reich ausgef., Lg. 45-100 cm, durchweg	245 Pf.

Kinder-Schirme Baumwolle, mit Futteral.....	275 Pf.
Kinder-Schirme Halbselbe, Topforn oder Handgriff.....	390 Pf.

Kinder-Kleider

Mädchen-Waschkleider aus mehrfarbig bedrucktem Baumwollwaschein, ca. 45cm lang.....	125 Pf.
Jungmädchen-Kleider 65-100 cm lang, aus hellrandig bedrucktem Vollwolle oder Waschkantseide..... durchweg	975 Pf.
Knaben-Sportanzüge bestehend aus gestreifter Sportbluse und marineblauer Hose, mit Gürt, für 2-8 Jahre, für ca. 2 Jahre.....	370 Pf.
Burschen-Anzüge waschbar, für 9-14 Jahre, Joppenform, aus gewirten Baumwollstoffen, für ca. 9 Jahre.....	650 Pf.

Ein Posten

Baby-Kleidchen enorm billig.....	125 Pf.
Spielhöschen- und Kleidchen gute Qual., aussergew. billig, Stück	195 Pf.

Kinder-Söckchen

prima Qualität, mit geschmackvollen Wollrändern	Größe 1-3	Größe 4-6	Größe 7-9	Größe 10
	38 Pf.	48 Pf.	58 Pf.	68 Pf.

Bilderbücher.....	20 Pf.	Garage mit Auto m/Werk.....	45 Pf.
Eimer.....	10 Pf.	Auto mit Werk.....	45 Pf.
Eimer garniert.....	75 Pf.	aus Satin, mit Gummi-blase, Umfang ca. 60 cm	190 Pf.

Kinder-Kniestrümpfe

mit farbigem Umschlagrand, besonders haltbare Qualität..... Größe 2

Jede weitere Größe 30 Pf. mehr

95 Pf.

HERMANN TIETZ

143

Wochenendausflug auf der Ostsee 20⁰⁰

Sonnabend, Sonntag, den 19. 20. Juni

Ausflug von Berlin nach Rügen

Sämtliche Kosten einbezogen, wie Eisenbahnfahrt III. Klasse, Dampferfahrt, Verpflegung einschließlich Trinkgeld, Familienbad, Ausflüchtige Prospekte in den Reisebüros der Warenhäuser Hermann Tietz.

Ein Tag vor dem Volksentscheid.

Ruhe vor dem Sturm.

Eine verhaltene Spannung lag am Freitag über der ganzen Stadt. Die nervöse Beweglichkeit der Vortage wich einer letzten großen Atempause. Um so stürter wird der heutige Sonnabend und der darauf folgende Tag der Entscheidung alle die Kräfte loslösen, die jetzt, wie zum Sprunge geduckt, ihrer Arbeit harren. In den Proletarierstraßen wehen jetzt schon zu vielen Hunderten rote und schwarzrotgoldene Fahnen dem Kampftag entgegen. Heute werden und müssen es unzählige Tausende werden, die zu gleicher Zeit ein Befehnis für die Republik und den Sozialismus abgeben. Sonnabend und Sonntag werden Kampftage gegen die monarchistische Reaktion und Habgier werden, wie sie Berlin noch nicht erlebt hat. Weiße Kreise des Bürgertums sind in den Bann des Volksentscheids gezogen. Die gespannte Stimmung sehnt sich nach Entladung. Für die Sammelstellen der Roten Front, und vor allem des Reichsbanners wurde von vielen Bürgerlichen gegeben. Das schwarz-weiße Bismarckflugblatt zur Fürstenenteignung fand bei einigen entrüstete Ablehnung. Doch nach der Auffklärung durch die Reichsbannerleute wandelte sich die Entrüstung in ein Lachen und die Erwartung, daß die wirklichen Schwarzweißroten mit Freuden danach greifen werden und so einmal erfahren, wie Bismarck die Fürsten enteignete. Am Hermonnplatz diente der Sammlung für den Volksentscheid ein alter Zylinderhut mit der Aufschrift:

„Wilhelm sein Zylinderhut
Ist zum Sammeln auch noch gut!“

Gereinigte Schlagworte, die in kleinen Sprechhören tastmäßig an den Sammelstellen gesprochen wurden, erzielten wieder eine starke Wirkung. Jedem, ob er es wissen oder nicht wissen wollte, wurde so zum Beispiel eingehämmert:

Wer die Fürsten ernährt
Ist Prügel wert.

Die Sprechhöre bilden überhaupt in den Höfen und Straßen eines der wirksamsten Propagandamittel der Arbeiterparteien. Am Sonnabend und Sonntag werden die Bogen des Kampfes mit den Monarchisten haushoch schlagen. Wenn jeder auf seinem Posten sein Äußerstes tut und jede Stunde nach der kurzen Ruhepause für den Volksentscheid einstellt, dann kann Berlin mit Stolz auf den Tag der Entscheidung blicken.

Mein Kollege.

Mein Kollege ist Beamter von altem Schrot und Korn, korrekt, dienstfertig und von großer Zuverlässigkeit. Den Krieg hat er verhältnismäßig gut überstanden und es nunmehr schon „zu etwas gebracht“. Nur sein politisches Ueberzeugungsvermögen ist vollkommen im „Lokalanzeiger“, dem seit Jahren sorgsam gehüteten Leib- und Magenblatt, untergetaucht. Schon oft haben ihn Demonstrationen der Arbeiterschaft den Sonntag verborben, wenn sie zufällig an seinem Wohnhaus vorüberführten: „Ach gehe gar nicht raus. Man kann doch die Sachen da nicht alleine stehen lassen, wenn die kommen?“ — Heute aber macht ihm der Volksentscheid die größten Kopfschmerzen. Wie sollte er auch nicht. „Denken Sie sich, Herr Kollege“, kommt er dieser Tage voller Entsetzen zu mir gelaufen: „nun werden sie uns doch auch bald die Beamtenpensionen nehmen.“ — „Ja, ja, im „Lokalanzeiger“ steht's ja. Sehen Sie, hier. Erst die Fürstenernennung, dann der Hausbesitz, danach die Beamtenpensionen und dann der Privatbesitz und alles, was man sich so mühsam erarbeitet hat. Aber meine Sachen, meinen Schreibtisch, meinen Bücherstapel kriegen sie nicht, lieber schlage ich alles entzwei.“ — „Ich liebe noch immer sprachlos. Im „Lokalanzeiger“ steht es wirklich so aber...“ Doch zureden, zurechtsetzen, berichtigend hilft nichts. Ne, ne, das Blättchen hat's so geschrieben, das stimmt. Und die Journaliste hat wieder mal gefaselt. Der 20. Juni wird diesmal noch viele solche von der Lokal- und Generalanzeigerpreiße verbehten Gemüter finden. Aber auch das Entsetzen schwindet wieder. — Mein Kollege ist ein feingebildeter Mann und vorreiflicher Mitarbeiter, nicht einmal unbedingt Gegner der Republik, die ihn bezahlt. Doch in politischen Dingen ist sein Hirn anscheinend

rettungslos verkorrt durch den Lokalanzeiger. Kein Wunder. Und dennoch werde ich ihn bei Gelegenheit an den 20. Juni erinnern. Vielleicht hilft's. Vorläufig studiert er doch gewissenhaft alle Schriften, die sich mit dem Raubzug der Fürsten beschäftigen. Geduld, einmal kommt schon die Erluchtung, und die Möbel sind gerettet...

Prinz und Verkehrsordnung.

Man schreibt uns:
Anlässlich eines Tennisturniers besuchte auch Prinz Sigismund den veranstaltenden Turnierklub. Die Klubgebäude und Plätze liegen am Ende einer Straße, die hier zu einem geräumigen Rundteil ausgebildet ist, das es jedem Wagenführer ermöglicht, bequem von rechts heranzufahren. Nur Prinz Sigismund tat dies nicht, sondern fuhr von links in die Anfahrt hinein. Der diensthabende Schupo-Beamte machte den Prinzen nun darauf aufmerksam, daß er von rechts heranzufahren habe. Außerdem müßte der Wagen in einer der Nebenstraßen abgestellt werden, da das „Parken“ vor dem Platz



verboden sei. Neuerst erregt erklärte nun der Prinz, er fahre so heran, wie es ihm passe. Im übrigen führe er sofort weiter, da er nur noch jemand abholen wolle. Der Schupo bestand aber darauf, die Anfahrt frei zu halten und notierte die Nummer des Wagens. Mit hochrotem Gesicht bestieg Prinz Sigismund wieder seinen Wagen, um mit der inzwischen herbeikomenden Bekannten, die er abholen wollte, fortzufahren. Er konnte es aber nicht unterlassen, seinem Herzen über die ihm zuteil gewordene Behandlung Luft zu machen, wobei die Ausdrücke „blödsinniges Volk“ und „dumme Bande“ deutlich zu hören waren. Vielleicht wäre hierbei daran zu erinnern, daß der Prinz auch schon während des Staffellaufes Potsdam-Berlin Sonderrechte für seinen Wagen haben wollte und die Freigabe der Straße für sich verlangte. Damit der Prinz nicht so warten brauchte, sollte also der Lauf unterbrochen werden und die Veranstaltung dadurch vollkommen ihren sportlichen Reiz verlieren. Zum Glück kam er diesmal an den vertehrten Beamten, der ihn genau wie alle anderen warten ließ, bis die Straße freigegeben wurde. In nichts kennzeichnet sich die volksfeindliche Ein-

stellung dieser Herrschaften besser als in solchen Ueberblichkeiten. Befehl und Recht befehlen für sie nicht. Alle Verordnungen sind nach ihrer Meinung nur für das „Volk“ gemacht, nicht für die „Edelsten der Nation“. Und sowas empört sich über den Volksentscheid.

Darum tobt der „Lokalanzeiger“.

Gegen den Volksentscheid über die Fürstenenteignung müßt und wüßt die schwarzweißrote Presse mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln. Blätter vom Schlage des „Berliner Lokalanzeigers“ bemühen sich frampshast, ihre Leute von der Abstimmung überhaupt fern zu halten. Immer wieder predigt diese Presse ihren Lesern: „Der Volksentscheid ist Diebstahl, darum beteiligt euch nicht an der Abstimmung!“ oder: „Der Volksentscheid bringt die Revolution, darum bleib zu Hause!“ Diese Schuppe der Fürsten weh nur zu gut, daß sogar ihre eigenen Anhänger, wenn sie zur Abstimmung gehen, in Scharen für die Fürstenenteignung mit Ja stimmen werden. Daher hat man im Lager der Fürstenschützer die Parole Stimmenthaltung ausgegeben und darum verfuht man dort, die rechtsgerichteten Kreise von der Abstimmung wegzugraulen.

Ein in Friedenau wohnender „Lokalanzeiger“-Leser schreibt uns einen Brief, der für die Stimmung vieler rechtsgerichteten kennzeichnend ist. Da er seine Urlaubsreise jetzt antreten mußte, wollte er durch seine Frau die für Verreiste nötigen Stimmscheine besorgen lassen. Nach einigen vergeblichen Ausfahrten wurde sie an die richtige Stelle, an das Rathaus des Verwaltungsbezirks Schöneberg gewiesen, hier aber erhielt sie die Antwort: „Da kommen Sie am Abend wieder.“ Die Folge war, daß wegen Zeitmangel die Stimmscheine überhaupt nicht mehr besorgt werden konnten. Der „Lokalanzeiger“-Leser meldet uns das von seinem Urlaubsort aus und sagt, daß nun am 20. Juni beim Volksentscheid ein paar Stimmen weniger für das Gesetz zur Fürstenenteignung abgegeben werden. Er selber und seine Gattin hätten, wie diese Äußerung ergibt, für das Gesetz zur Fürstenenteignung mit Ja gestimmt. Er, der so um kein Stimmrecht gekommen ist, hebt ausdrücklich hervor, daß er gewöhnlich den „Lokalanzeiger“ liest und sich mit Stolz einen altgedienten Soldaten nennt. Wir wissen, daß so, wie er, Millionen rechtsgerichtete im Deutschen Reich denken. Millionen rechtsgerichtete sind bereit, in der Frage der Fürstenenteignung mit den Linksgerichteten zu gehen.

Darum tobt der „Lokalanzeiger“ und die gesamte Presse der rechtsgerichteten Parteien gegen den Volksentscheid. Angesichts der Bemühungen, die rechtsgerichteten Bevölkerungsschichten von der Teilnahme am Volksentscheid abzuschrecken und ihnen die Unterföhrung des Gesetzes zur Fürstenenteignung unmöglich zu machen, müssen alle Republikaner mit um so größerer Treue ihre Pflicht tun. Sorat dafür, daß am 20. Juni der Volksentscheid mit vielen Millionen Ja-Stimmen die Annahme des Gesetzes zur Fürstenenteignung ergibt!

Kirchliche Sabotage des Volksentscheids.

In kirchlichen Vereinen wird augenblicklich stark für eine Beteiligung an einer „Chorinfest“ geworben. Genialerweise hat man die Feier am zwanzigsten, dem Tage des Volksentscheids, so arrangiert, daß die Teilnehmer mit Sicherheit der Abstimmung ferngehalten werden; die Abfahrt des Extrazuges ist auf halb acht Uhr morgens festgelegt, die Heimfahrt soll von Chorin auch erst um halb acht Uhr abends angetreten werden. Der Fahrpreis ist erheblich ermäßigt. Besonders in den Jugendvereinen wird eifrig für die Fahrt Propaganda gemacht. Wenn dann ein etwas bellerer Kopf darauf aufmerksam macht, daß die Fahrt gerade am Tage des Volksentscheids stattfindet und er sich deshalb leider nicht in die Teilnehmerliste eintragen könne, sind die Leiter meist recht unlieblam überrascht. Da diese Propaganda schon stätige Zeit im Gange ist, so ist leider zu befürchten, daß es Mitglieder gibt, die den eigentlichen Zweck der Uebung gar nicht durchschaut haben. Die stehen nun vor dem Dilemma, entweder ihre Anzahlung schließen zu lassen oder auf eins ihrer wichtigsten Staatsbürgerrechte verzichten zu müssen. Ja, es gibt eben auch in der evangelischen Kirche Leute, die durchaus nicht ohne Fösch wie die Tauben sind... dafür befolgen sie die andere Hälfte des Spruches „leid klug wie die Schlangen“ aber doppelt!

Der Film „Keinen Pfennig den Fürsten“ läuft noch bis Sonnabend in folgenden Kinos: Thalia-Lichtspiele, Gr. Frankfurter Straße 27, Kaladu-Lichtspiele, Alexanderstraße 27c, Ubu-Lichtspiele, Neue Schönhauser Str. 13.

Der Wobblj.

Von B. Traven.

10] Copyright by Buchmeister-Verlag, Berlin und Leipzig.
Senor Doug atmete schwer. „Aber am Samstag ist doch erst die Woche um. Warum soll ich da Freitag schon den Lohn zahlen?“
„Warum? Warum? Ist Ihnen denn das nicht klar?“ Der Sekretär tat ganz erstaunt. „Der Arbeiter borgt Ihnen ja sowieso schon fünf Tage Lohn. Er gibt Ihnen seine Arbeitskraft fünf volle Tage, während Sie mit dem Kapital Geschäfte machen. Wie kommt denn der Arbeiter überhaupt dazu, Ihnen fünf Tage Arbeit zu borgen? Eigentlich sollten Sie Montag früh im voraus für die ganze Woche bezahlen, das würde sich gehören. Aber soweit wollen wir nicht gehen.“
„Gut, also damit bin ich auch einverstanden. Auch mit dem einen Bolleszen und dem Kaffee mit Zubebad. Dann ist ja wohl das alles in Ordnung?“ Senor Doug stand auf.
„Sehen Sie sich nur noch einen Augenblick“, lud ihn der Sekretär ein. „Da sind noch einige Nebenfragen zu erledigen. Die Streiktage müssen Sie bezahlen.“
„Ach? Die Streiktage bezahlen?“ Ichrie Senor Doug.
„Ach soll auch noch die Faulenzerei bezahlen?“
„Streik ist keine Faulenzerei. Und wenn bei Ihnen gestreikt wird, müssen Sie den vollen Lohn weiter zahlen. Streik ist auch Arbeit. Sonst könnten Sie alle, die ganzen Hotelbesitzer und Kaffeehausbesitzer, uns ja zu einem langen Streik treiben, um unsere Kassen zu zerstören, so daß wir nie wieder streifen könnten. Nein, Senor, darauf lassen wir uns nicht ein. Der Streik wird von uns finanziert. Wir sind nur die Rehsbank für die Arbeiter. Aber zu zahlen haben Sie den Streik. Sie haben ja Zeit, reichlich, sich zu überlegen, ob Sie es zum Streik kommen lassen wollen oder nicht. Die Kriegskosten muß der bezahlen, der den Frieden braucht, um wieder Geschäfte zu machen.“
„Das ist die größte Ungerechtigkeit, die mir je vorgekommen ist“, rief Senor Doug.
„Ach will Ihnen nicht die Ungerechtigkeiten hier vorzählen, die Sie und Ihresgleichen jahrelang verübt haben“, sagte der Sekretär.
„Es bleibt mir wohl nichts anderes übrig, ich muß auch das bezahlen“, gestand Doug kleinlaut.

„Am besten gleich heute“, erklärte der Sekretär, „denn morgen kostet es bereits einen Tag mehr.“
„Dann werde ich noch vor fünf Uhr herkommen und alles bezahlen“, sagte Senor Doug und erhob sich abermals.
„Bringen Sie aber etwas mehr mit“, warf der Sekretär ein, während er sich gleichfalls erhob.
„Koch mehr?“ fragte Senor Doug erschreckt.
„Ja, ich denke, Sie wollen doch das Café jetzt schon geöffnet haben und nicht erst nach zwei Monaten.“
„Ist denn das nicht damit verbunden, wenn ich alles bewillige?“ Senor Doug wurde ganz nervös.
„Keineswegs“, erwiderte der Sekretär. „Das Schließen des Lokals hätte andere Gründe als den Streik. Das wissen Sie wohl recht gut. Sie haben den Inspektor aufgefordert, den Streikposten einen Denzettel zu geben.“
„Das habe ich nicht getan“, wehrte sich Doug.
„Wir sind darüber anderer Meinung. Es ist jedenfalls in Ihrem Lokal geschehen, und Sie sind für die Vorgänge in Ihrem Lokal verantwortlich. Sie konnten es leicht verhindern, daß so etwas vorkommen konnte.“
„Dann sagen Sie doch schon, was ich noch zu tun habe“, drängte Senor Doug.
„Sie haben zehntausend Pesos in die Kasse unseres Syndikats zu zahlen als Sühnegeld. Sobald Sie die Summe eingezahlt haben, werden wir für Sie die Garantie übernehmen, und dann kann das Café geöffnet werden, und die Siegel werden abgelöst.“
„Zehntausend Pesos soll ich zahlen?“ Senor Doug war wieder in den Stuhl gefallen. Der Schweiß brach ihm aus.
„Sie brauchen es nicht zu bezahlen. Wir zwingen Sie nicht. Dann bleibt das Café zwei Monate geschlossen.“ Der Sekretär wurde ganz trocken und lautmännlich. „Natürlich haben Sie nach zwei Monaten die Löhne für die Kellner für die vollen zwei Monate nachzuzahlen. Die können doch nicht verhungern. Und wir können ihnen leider nicht erlauben, andere Arbeit anzunehmen, weil sie sich bereithalten müssen, bei Ihnen wieder anzufangen, sobald Sie öffnen. Wir können doch nicht zugeben, daß Sie eines Tages, wenn Sie öffnen wollen, keine Kellner haben und vielleicht geschäftlichen Schaden erleiden. Und damit Sie gleich im klaren sind, ein für allemal: Es ist nicht unsere Absicht, das Geschäftsleben zu vernichten oder auch nur zu stören. Durchaus nicht. Aber es ist unsere Absicht, dafür zu sorgen, daß der Arbeiter von

dem, was er produziert, nicht nur einen angemessenen Anteil erhält, sondern den Anteil, der ihm zukommt bis zu der höchsten Grenze, die das Geschäft tragen kann. Und diese Grenze ist viel höher, als Sie glauben. Damit beschäftigen wir uns augenblicklich besonders eingehend, die Tragfähigkeit jedes Arbeitszweiges zu errechnen. Arbeitszweige, die dem Arbeiter nicht soviel eintragen, daß er sein Leben führen kann, wie es einem Menschen von heute zukommt, sollen zugrunde gehen. Dabei wollen wir helfen. Und wenn solche Arbeitszweige wichtig sind für die Allgemeinheit, dann werden wir dafür sorgen, daß die Allgemeinheit dem Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein gewährleistet. Daß Ihr Café für die Allgemeinheit so sehr wichtig wäre, bestreite ich. Aber es ist nun einmal so. Und solange Sie es dazu benutzen, Ihr Vermögen zu vergrößern, bringt es auch genügend ein, um anständige Löhne zu zahlen. Wenn Sie nichts mehr verdienen können, werden Sie schon von selber zumachen. — So, das habe ich Ihnen gesagt, damit Sie nicht denken, wir sind Erpresser. Nein, wir wollen nur, daß die Leute, die Ihnen ein Vermögen produzieren, den Anteil bekommen, auf den sie ein Recht haben. Für Sie bleibt noch genug übrig.“
Senor Doug hatte das sicher nur zur Hälfte verstanden. Er sah ganz verdöst da. In seinem Kopfe surrten nur immer jene zehntausend Pesos herum, die er da auf den Tisch legen sollte. Er traute sich nicht ja zu sagen aus Angst vor seiner Senora. Aber ebensoviele traute er sich ein glattes Nein hier hinzuwerfen, gleichfalls aus Angst vor der Senora. Er mußte ja nicht, was sie vorgehen würde. Jeder Tag Fögerung kostete Geld. Schließlich kam es auf mehr heraus als auf diese zehntausend Pesos, wenn er zwei Monate geschlossenhalten mußte und dann außerdem die Löhne nachzuzahlen hatte. So arbeitete er mit den Summen in seinem Kopfe, bis er halb verrückt wurde.
Er stand auf und sagte: „Ich werde es mir überlegen.“
Er verließ das Bureau, ging die Treppen hinunter und trat auf die Straße. Er wühlte sich den Schweiß und schnappte nach Luft. Dann machte er sich auf den Heimweg. Dabei kühlte er ob und fing an, die Sache ruhig zu überlegen. Er rechnete auf einem Papierstückchen hin und her und kam endlich zu der Ueberzeugung, daß es billiger sei, sofort alles zu bezahlen.

(Fortsetzung folgt.)

Zum Volksentscheid.

Die Stimmberechtigten werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Grenzen der Stimmbezirke teilweise geändert worden und dementsprechend für einen Teil der Stimmberechtigten nicht die bisherigen Abstimmungsräume zuständig sind. Es wird den Stimmberechtigten deshalb empfohlen, aus dem am Sonnabend und Sonntag an den Anschlagtafeln befindlichen amtlichen Bekanntmachungen über die Abstimmung den jetzt für ihre Wohnzug zuständigen Abstimmungsraum selbst festzustellen.

Am Abstimmungstage werden die Geschäftsräume des Hauptwahlamtes, Rathaus, Zimmer 16—18, von 7 1/2 Uhr vormittags an ununterbrochen geöffnet sein und auch in der Nacht zum 21. Juni d. J. nötigenfalls bis um 6 Uhr früh offen gehalten werden. Ebenso werden die Geschäftsräume der Bezirkswahlämter für dieselbe Zeit geöffnet sein. Die bekanntwerdenden Teilergebnisse der Abstimmung werden zweistündlich zusammengefaßt und den Vertretern der Presse im Zimmer 16 des Hauptwahlamtes auf Wunsch mitgeteilt. Eine telefonische Mitteilung der Teilergebnisse kann jedoch wegen bauartlicher anderweitiger Inanspruchnahme der Fernsprechanlagen nicht erfolgen.

Um den Berliner Etat.

Die kommunistische an die sozialdemokratische Fraktion.

Die Berliner kommunistische Rathausfraktion hat an die sozialdemokratische Fraktion ein Schreiben gerichtet, in dem sie trotz der Vorgänge in der letzten Stadtratsordnungsversammlung ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck bringt, den Berliner Etat gemeinsam mit den Sozialdemokraten zu verabschieden. Aber der Etat könne nicht eher verabschiedet werden, bis die Genehmigung der gestaffelten Grundsteuer vorliegt. Sie schlägt deshalb vor, bis zur endgültigen Verabschiedung des Etats einen Notetat zu beschließen, der die strittigen Punkte nicht enthält.

Was unter dem Begriff „Notetat“ verstanden werden soll und wie für die Dauer der Zeit, in der die gestaffelte Grundsteuer nicht genehmigt ist, Einnahmen und Ausgaben der städtischen Haushalteswirtschaft in Einklang gebracht werden können, das wird in dem Schreiben ebensowenig angedeutet wie irgendeine Möglichkeit für die Deckung derjenigen weiteren Ausgaben, auf denen die Kommunisten nach wie vor bestehen. Jedenfalls geht man wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß in den eigenen Reihen der Kommunisten das Ausbrechen ihrer Fraktion aus der gemeinsamen Front auf energiegeladen Widerstand gestoßen ist. Wir möchten trotzdem nicht glauben, daß die kommunistische Fraktion in letzter Minute sich dazu aufschwingt, den Mut zu wirklicher Verantwortung aufzubringen. Im übrigen wird der Verlauf der nächsten Stadtratsordnungsversammlung zeigen, was unter den unklaren Andeutungen des kommunistischen Schreibens zu verstehen ist.

Sechs Jahre Zuchthaus für den Fassadenkletterer.

Er denkt nicht daran, das Urteil anzunehmen.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann gestern von neuem die vor einiger Zeit vertagte Verhandlung gegen den berühmten Einbrecher Wilhelm Kahner. Er stand unter der Anklage des verjüngten Totenschlags und des vollendeten und des versuchten schweren Raubes mit Waffengewalt. Der Vorfall, der sich in der Nacht zum 14. November v. J. im Hotel Kaiserhof abspielte, hatte sogar über die Grenzen Deutschlands hinaus großes Aufsehen erregt und zu einer Beunruhigung des Fremdenverkehrs geführt.

Der Überfallene war der Versicherungsdirektor Hollinger, der gerade erst, mit seiner Frau aus Zürich kommend, im Kaiserhof abgestiegen war. Wie erinnerlich, hatte Hollinger den Kahner, von dem er bedroht wurde, voller Geistesgegenwart gepackt, zum Fenster getragen und glatt hinausgeworfen. Kahner wurde bald darauf auf dem Wilhelmplatz mit schweren Verletzungen bewußtlos aufgefunden. Ein scharf geladener Revolver lag neben ihm. Er ist jetzt wieder hergestellt, hat jedoch eine erhebliche Verkürzung des Beines davongetragen. Die vorige Verhandlung war der Vertagung verfallen, da das Ehepaar Hollinger nicht erschienen war. Es ergaben sich Widersprüche zwischen der Darstellung Hollingers und der des Angeklagten. Kahner behauptete, daß er gar nicht im Zimmer gewesen sei, sondern beim Verbeiwachen am Sims des Fensters am Zimmer Hollingers vorbeigekommen sei. Dabei habe ihn Hollinger in die Tiefe gestoßen. Da die Widersprüche sich ohne die Gegenüberstellung durch den Tatzeugen nicht aufklären ließen, mußte das Gericht die Verhandlung vertagen. Inzwischen ist Hollinger, der sich geweigert hat, nach Berlin zu kommen, von einem Berliner Richter in Gegenwart des Staatsanwalts und des Verteidigers in Zürich vernommen worden. Er hat seine Angaben wiederholt. Bemerkenswert ist dabei, daß Hollinger den Eid verweigert hat, indem er sich auf das Züricher Stadtrecht berufen hat, welches ganz im Gegensatz zu anderen Schweizer Kantonen den Zeugnisdienst nicht kennt. Darauf land in dem fraglichen Zimmer 148 des Hotels Kaiserhof ein Laftertermin statt, bei dem unter Mithilfe von Kriminalbeamten eine Rekonstruktion des Überfalls versucht wurde. Kahner blieb hier und auch in der später wieder aufgenommenen Verhandlung dabei, daß er gar nicht im Zimmer gewesen sei. Kriminalkommissar Trettin hat aber den Eindruck, daß weder die Schilderung Hollingers, noch die des Angeklagten über die Vorgänge ganz stimmig; er glaubt vielmehr, daß Kahner, als er sich zwei Personen gegenüber sah, sein Vorhaben als mißlungen betrachtete und den Wurf hatte, so schnell wie möglich wegzukommen. Es blieb ihm kein anderer Weg als der, auf dem er gekommen war, durch ein Fenster. Da werde wohl Hollinger, als der Angeklagte hinaus wolle, „mitgeholfen“ haben. So sei es zum Abstieg gekommen. Nach zweistündiger Beratung kam das Schwurgericht zu der Überzeugung, daß der Darstellung Hollingers vaster Glaube zu beizumessen sei und sprach den Angeklagten Wilhelm Kahner schuldig des verjüngten Totenschlags und des verjüngten schweren Raubes in Verbindung mit unerlaubtem Waffengebrauch zu gemaltätigen Zwecken. Die Gesamtstrafe lautete wegen der Gemeingefährlichkeit des Angeklagten auf sechs Jahre Zuchthaus, zehn Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Auf die Frage, ob er das Urteil annehmen wolle, erwiderte Kahner: „Am Gottes Willen, ich denke nicht daran.“

Der Tod des jungen Müglisch.

Die Sicherheitsverhältnisse im kleinen Tiergarten, die vielfach Gegenstand lebhafter Beschwerden bildeten, fanden in einer Verhandlung vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte eine bemerkenswerte Beleuchtung. Veranlassung dazu bot eine Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung mittelst hinterlistigen Überfalls, die sich gegen vier junge Burtschen, die neunzehn- bis zwanzigjährigen Thomazewski, Krawewski, Berger und Rinkowski, richtete. An sich war der Fall nicht sehr schwer, jedoch bekam er dadurch eine tragische Wendung, daß auf der Flucht der Täter die Polizei von der Waffe Gebrauch machte und infolgedessen ein junges Menschenleben, der neunzehnjährige Arbeitsburche Müglisch, den Tod fand. Dieser Fall erregte seinerzeit, wie erinnerlich, erhebliches Aufsehen, da die Nachricht auftauchte, in Müglisch hätte infolge eines unglücklichen Zufalles oder leichtfertigen Schießens der Polizei die einem anderen zugehörte Kugel einen Unschuldigen und an dem Vorgehen gänzlich Unbeteiligten getroffen. Die Verhandlung ergab, daß Müglisch zu dem Arzts der Angeklagten gehört hatte. Mit Rücksicht auf die Jugend und bisherige Unbeschaffenheit der Angeklagten beantragte der Staatsanwalt nur 100 M. bzw. 150 M. Geldstrafe. Das Gericht jedoch war anderer Ansicht, nachdem es erklärt hatte, daß dem Beamten kein Vorwurf zu machen sei, da

er sich im Rahmen seiner Pflicht gehalten habe. Die Angeklagten gehörten offenbar zu einem gewissen Arzts-junger Burtschen, die es sich zur Aufgabe machten, die nächtliche Ruhe zu stören und harmlose Wanderer zu überfallen. Davor mühten die Bürger geschützt werden, und deshalb sei bis auf Rinkowski, der freigesprochen werden mußte, auf einen Monat Gefängnis erkannt werden. Zahlten sie aber 100 M. Buße, so würde eine Bewährungsfrist bewilligt werden.

Für das Volk — Gegen die Fürsten!

Öffentliche Kundgebungen:

heute, Sonnabend, den 19. Juni:

Mitte: Treffpunkt zum Propagandaumzug mit Musik abends 6 Uhr Michaelkirchplatz.
Tiergarten (S. Uhl.): Demonstrationsumzug, Wilmersdorf vom Tagdeburger Platz abends 6 1/2 Uhr. Ab Dammplatz 7 Uhr abends mit 3 Kapellen. Fahnen und Plakate sind mitzubringen.
Friedrichshagen: Straßendemonstration ab 5 Uhr vom Küstriner Platz. Redner: Dr. Rudolf Breitscheid, M. d. R.
Staatensiedlung: Demonstration abends 6 1/2 Uhr auf dem Marktplatz in der Gartenstadt. Redner: Hermann Harnisch, M. d. R.
Zehlendorf: 8 Uhr im Restaurant Lindenpark, Berliner Str. 8. Redner: Hans Plattner.
Tempelhofer: Demonstration mit Musik. Treffpunkt 5 1/2 Uhr Werder Straße Ecke Viktoriast. Anschließend Kundgebung auf dem Reinhardtplatz. Rednerin: Clara Bohm-Schuch, M. d. R.
Steglitz: 6 1/2 Uhr auf dem Marktplatz. Redner: Dr. Landsberg, M. d. R.
Neukölln: 5 1/2 Uhr Straßendemonstration. Treffpunkt: Schillerpromenade. Anschließend unter freiem Himmel im Karlsgarten. Redner: Dr. Kurt Löwenthal, M. d. R.
Tegel, Reinickendorf-West, Borsigwalde. Treffpunkt zur Kundgebung nachmittags 5 1/2 Uhr in Tegel, Dorfau.
Grünau: 7 1/2 Uhr im „Jägerhaus“ (Inhaber Gehardt). Redner: Wilhelm Landa.
Bohnsdorf: 8 Uhr im Restaurant „Zu den vier Jahreszeiten“, Bahnhofsstr. Redner: Stadtrat Emil Diemer.
Lichtenberg: Demonstrationsumzug. Sammelpunkt: Mittelpromenade Frankfurt Allee, an der Kronprinzenstr. Spitze Berlin. Abmarsch 6 1/2 Uhr.
Weißensee: 6 1/2 Uhr Demonstration auf dem Lindenplatz.
Karlshagen: 8 Uhr im Restaurant „Zum Lindenpark“ (Inhaber Steller). Redner: Bernhard Göring.
Pankow: 6 1/2 Uhr auf dem Marktplatz Treffpunkt zum Demonstrationsumzug mit Musik.
Reinickendorf: 7 Uhr auf dem städtischen Sportplatz, Reinickendorf-West, Scharnweberstr. 90/95. Redner: Franz Künstler, M. d. R.
Reinickendorf-Ost, Rosenhof, Wittenau, Waldmannslust, Lütbars, Hermsdorf-Trojanau: Treffpunkt zur Kundgebung nachmittags 5 1/2 Uhr Bahnhof Schönholz.
Baumschulenweg: Aufmarsch zum Umzug 7 Uhr. Umzug durch den Ort mit Plakaten und Musik. Anschließend Mitgliederversammlung.

Mildes Urteil für eine Verführte.

Der wohlthätige neue § 218.

Unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Westerkamp fällt gestern das Potsdamer Schöffengericht zum ersten Male ein Urteil wegen eines Verleidens aus § 218 (vollendete Abtreibung) nach der neuen Befreiung, die am 8. Juni d. J. in Kraft getreten ist. War die Mindeststrafe früher für derartige Straftaten 6 Monate Gefängnis, wenn nicht gar Zuchthaus, so ist jetzt den Gerichten freie Hand in der Urteilsfällung gegeben worden. Die Angeklagte, der die Segnungen des neuen Gesetzes zugute kommen, war eine kaum neunzehnjährige Arbeiterin Stanislawka K. vom Rittergut Falkenrede bei Potsdam; sie war der vollendeten Abtreibung beschuldigt. Beimord steht die junge Angeklagte vor den Richtern, mütterlich betreut von der Gefängnisfürsorgerin. Sie ist geständig. Der Staatsanwalt beantragt drei Monate Gefängnis. Das Gericht berücksichtigt die Rolle der Angeklagten, die durch einen gewissenlosen Menschen verführt und verlassen worden ist. Das Urteil erging auf sechs Wochen Gefängnis unter Anrechnung der vollen Untersuchungshaft, so daß die Verurteilte nur noch einen Tag zu verbüßen hat.

Kraftwagenunglück auf der Kolonnenbrücke.

Erst vor kurzem konnten wir von einem Automobilunglück berichten, bei dem ein Kraftwagen das hölzerne Brückengeländer der Monumentenbrücke, die über die Geleise der Anhalter Bahn führt, durchbrach, und auf die Geleise stürzte. Dabei wurden drei Personen schwer verletzt. Gestern nachmittag nun ereignete sich auf der hölzernen Kolonnenbrücke, die parallel zur Monumentenbrücke läuft, ein ähnliches Unglück, das aber glücklicherweise sehr glimpflich verlief. Ein Lieferwagen der Grünland-Ges. G. m. b. H. wollte über die Kolonnenbrücke fahren, als plötzlich die Steuerung versagte und der Kraftwagenführer die Gewalt über den Wagen verlor. Das Auto überfuhr die Bordwand und prallte gegen das hölzerne Geländer, das in einer Länge von etwa sechs Metern durchbrach und auf die Geleise stürzte. Der Wagen blieb hart am Rande des Abgrundes stehen. Nur wenig hätte zum vollen Absturz gefehlt. Der Fahrer und Mitfahrer kamen mit dem Schrecken davon. Das Auto wurde beschädigt, konnte aber seine Fahrt fortsetzen. Es ist dies in kurzer Zeit der dritte Unfall, bei dem ein Kraftwagen das hölzerne Geländer der beiden Brücken durchbrach.

Die Finanzverwaltung als Nebenkläger im Sprit-Weber-Prozess.

Wie es nicht anders zu erwarten war, ist die Aufforderung des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Schulze, die er vorgestern an die Angeklagten richtete, erfolglos geblieben. Ein offenes, reumütiges Geständnis, wie er es haben wollte, hat im letzten Augenblick niemand von den Angeklagten abgegeben. So erhielt der Nebenkläger, Rechtsanwalt Dr. Arthur Brandt, das Wort. Er erklärte für die Finanzverwaltung, daß sie nie die Absicht gehabt habe, ihre Beamten in Schutz zu nehmen oder deren Schuld auf die Polizei abzuwälzen. Den besten Beweis dafür liefere der Umstand, daß 25 Zollbeamten zeitweise wegen Bestechungsverdachts in Haft genommen worden waren. Die Enthüllungen, die Weber versprochen hatte, sind ausgeblieben, aus dem einfachen Grunde, weil er eben gar keine zu machen hatte. Rechtsanwalt Dr. Brandt unterstrich unter anderem den großen Schaden, der dem Staat durch die Angeklagten verursacht worden ist. Am Nachmittag erhielt als erster Vertreter der Finanzverwaltung Dr. Mühl das Wort für den Angeklagten Hallmann und bestritt, daß dieser sich der Bestechung an Peters schuldig gemacht habe. Heute folgt das Plädoyer des Rechtsanwalts Dr. Jaffe für den Hauptangeklagten Peters.

Dachstuhlbrand in Charlottenburg.

Ein Dachstuhlbrand von bedeutenden Ausmaßen kam gestern nachmittags kurz vor 1/2 7 Uhr in dem Eckhaus Neuhagenstr. 15, Ecke Anoldsdorfer Straße in Charlottenburg zum Ausbruch. Die Hausbewohner bemerkten das Feuer erst, als es schon ziemlich Ausdehnung angenommen hatte und alarmierten sofort die Feuerwehr. Es wurde auf 5 Kohnen über zwei mechanische Leitern und von den Nachbargrundstücken beinahe zwei Stunden Wasser gegeben. Unter großen Anstrengungen gelang es, ein Uebergreifen auf die

anliegenden Dächer zu verhindern. Der größte Teil des Dachstuhles ist vernichtet. Gegen 1/2 8 Uhr war die Hauptgefahr so weit beseitigt, daß die Ausräumung und Aufräumungsarbeiten in Angriff genommen werden konnten. Die Entstehungsursache ist bisher noch nicht geklärt.

Völkischer Ueberfall auf Reichsbannerleute.

Schwer bewaffnete Hafent Kreuzler.

Am gestrigen Freitag, in der zehnten Abendstunde, kam es am Belle-Alliance-Platz, unmittelbar am Halleschen Tor, wo das Reichsbanner eine Spendenstelle für den Volksentscheid errichtet hatte, zu heftigen Auseinandersetzungen der verschiedenen politischen Richtungen. Im Verlauf dieses zunächst mit Reden und Gegenreden geführten Geplänkels entspann sich schließlich eine Prügelei, an der Mitglieder der Reichsparteien sowie auf der anderen Seite Reichsbanner und Rote Frontkämpfer beteiligt waren. Die Krawalle zogen sich nach und nach bis zum Blücherplatz hin, wo dann eine Radfahrstreife und das alarmierte Ueberfallkommando der Schutzpolizei eingriffen und die Kämpfenden auseinanderbrachten, wobei mehrere Zwangsstellungen erfolgten. Die Zusammenkünfte am Halleschen Tor dauerten dann noch geraume Zeit an. Bei diesem Zusammenstoß wurde auch ein Passant von einem Hafent Kreuzler mit einer Stahlrute am Kopf verletzt. Als er sich auf den Angreifer stürzen wollte, triß dieser seine Faust auf den Kopf des Verletzten, so daß dieser auf den Boden fiel. Dafür sprang ein anderer Hiltzerjunge auf ihn zu und hielt ihm einen Revolver vor die Brust, um den Flüchtenden zu decken. Der Revolverheld wurde zur Wache gebracht. Sein Name ist Herbert Bartels, Mittenwalder Str. 8. Zuschauer, die den Ueberfall mit angesehen haben, werden gebeten, ihre Adresse umgehend im Redaktionssekretariat des „Vorwärts“ abzugeben.

Diener siegt nach Punkten.

Ein lebensgefährliches Gewimmel herrschte gestern abend vor der Radrennbahn in Trepow. Straßenbahn, Autobusse und Kraftdroschken in endloser Folge brachten ungeheure Zuschauermengen hinaus. Bald füllten etwa 16—18 000 Zuschauer den großen Innenraum und die Seitentrabanten, aber noch immer standen vor den Kässen noch viele Tausende, die Einlaß begehrten, aber nur noch erfragen konnten, daß das Haus ausverkauft sei. Es war in der Tat ein großer Tag, ging es doch um die deutsche Schwergewichtsmehrfachkämpfer zwischen Paul Samson-Körner und der jungen deutschen Schwergewichtshoffnung Franz Diener.

Diener (174 Pfd.) erschien zuerst im Ring, ihm folgte sein großer Gegner Samson (168 Pfd.), beide von allen Seiten stürmisch begrüßt. Unter größter Spannung und lautloser Stille gehen die Gegner nach dem ersten Gongschlag auseinander los. Es geht über 15 Runden, mit Bierunzenhandschuhen und harten Bandagen. Kein Abfühlen und Abtasten, wie man es sonst bei diesen Kämpfen gewöhnt ist. Diener versucht schon in der ersten Runde eine Entschcheidung herbeizuführen und nach einer gewaltigen Schlagserie bringt er tatsächlich Samson bis acht zu Boden. Noch zweimal muß Samson die Bretter aufsuchen, bis ihn der Gongschlag rettet. In der zweiten Runde führt Diener das mörderische Tempo weiter und schickt seinen Gegner abermals bis sieben zu Boden. Den Rest der Runde verbringt Samson in völliger Defensiv. Noch die dritte und vierte Runde gehört ganz Diener, bis Samson beweglicher und angriffsfreudiger wird. Diener, der am rechten Auge stark angeschlagen war, kämpft viel aus der Verteidigung, woran Samsons Hiebe, der stark mitgenommen scheint, meist wirkungslos verpuffen. So geht der Kampf über alle fünfzehn Runden, bis Diener noch in der letzten Runde einen KO. herbeizuführen sucht. Samson aber, der alte ringefahrene Bogen, ist auf seiner Hut, und so muß er wohl noch eine Schlagserie einstecken, aber zu Boden bringt ihn Diener nicht mehr. Das Schiedsgericht verkündet unentschieden, ein Urteil, das durchaus einwandfrei war und den Leistungen Dieners entspricht. Diener hat diesen Kampf ehrlich verdient, Samson aber einen wunderbaren Kampf, wie man es von ihm gewöhnt ist, geliefert. Starter Befehl, aber auch ein Pfeiffonsert wurden bei der Verkündung des Punktsieges Dieners laut. Der blaue Meißergürtel geht jetzt in die Hände des neuen hoffnungsvollen Schwergewichtsmehrfachkämpfers Diener.

In den Rahmenkämpfen boxte der junge Brandel (151 Pfund) gegen Antonowitsch (142 Pfund) über acht Runden unentschieden. Walter Junke (138 Pfund) traf auf H. Seefeld-Dortmund (131 Pfund). Auch hier gab es, wie in den vorigen, einen schönen Kampf zu sehen. Das Schiedsgericht gab Punkte den Punktsieger.

Notlandung eines Passagierflugzeuges Paris-Berlin.

Ein Harman-Flugzeug, das im Dienste des neuerrichteten Passagierflugverkehrs zwischen Paris und Berlin steht, mußte am Freitagnachmittag infolge Wetternot kurz vor Lüttich landen. Bei der Landung wurde das Flugzeug beschädigt. In hiesiger zuständigen Stelle liegen Meldungen aus Lüttich vor, wodurch niemand bei der Notlandung verletzt worden ist.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold erläßt folgenden Aufruf: Republikaner! Sonnabend, den 19. und Sonntag, den 20. Juni: Fahnen heraus! Das deutsche Volk hat zum ersten Male Gelegenheit, von seinem verfassungsmäßigen Rechte der freien Selbstbestimmung über ein Gesetz Gebrauch zu machen. Dieser Tag ist wert, durch Zeigen der Reichsfarben von jedem Anhänger einer freiheitlichen Verfassung gefeiert zu werden. Als Antwort auf den Terror der Reichsparteien fordern wir nochmals alle Republikaner auf, am Sonntag zur Wahlurne zu gehen.

Fortgesetztes Steigen der Elbe und Oder.

Immer neue Schreckensmeldungen.

Die Ueberflutungen in den verschiedensten Teilen des Reiches drohen zu Katastrophen auszuwachsen. Am schlimmsten heimgeht das Quellgebiet der Oder und Elbe und das Secken des Bodensees. Dieser hat bereits den höchsten Wasserstand seit dem Jahre 1914 erreicht. Weite Gegenden des Untersees, die Dampferanlegestellen, die Verbindungsdämme zur Insel Reichenau und zahlreiche Ortschaften stehen tief unter Wasser. Dabei steigt der See fortgesetzt. Es wird Wochen dauern, bis dieses Hochwasser durch den einzigen Abfluß, den Rhein, abläuft. Den Hochwasserständen im Bärteberg gab der Innenminister am Freitag im Landtag schätzungsweise auf 4 bis 5 Milliarden an. Die Regierung erläßt einen Aufruf zur öffentlichen Sammlung. Den vom Hochwasser Geschädigten sollen Steuererstattungen und -nachlässe sowie Darlehen gewährt werden.

Sehr bedenklich sind auch die Hochwassererscheinungen im Elbegebiet. In Dresden steigt das Wasser stündlich um 3 Zentimeter, scheint aber nach den letzten Meldungen endlich zum Stillstand gekommen zu sein. Alle Uferstraßen sind weitest überschwemmt, so daß vielfach der Straßenbahnverkehr eingestellt werden mußte. Außergewöhnlich starkes Hochwasser zeigen auch die aus dem Riesengebirge kommenden Nebenflüsse der Oder, vor allem die Lausitzer Neiße, die zu einem reißenden Strom geworden ist. Hier stehen weite Gegenden bei Guben und Sommerfeld unter Wasser. In Sommerfeld selbst stieg das Wasser so hoch, daß zahlreiche Fabriken stillgelegt werden mußten. Im Landkreis Ratibor hat das Hochwasser der Oder schwere Schäden angerichtet. Gegen 700 Morgen Acker und Kulturland stehen unter Wasser. Ein großer Teil der Getreide-, Kartoffel- und Hackfruchtenteile ist vernichtet; es macht sich allgemein großer Futtermittelmangel bemerkbar. Im Gebiet der Spree sind der Spreeald und die Spreealdzentrale Rottbus bedroht. Der Spreeald steht vollständig unter Wasser. Der Schaden ist unübersehbar. Das Wasser dringt in die Keller und Häuser ein. Bei Rottbus ist infolge des Hochwassers der Damm auf dem Wege nach Branitz gebrochen. Die Anlagen des Rottbuser Stadions sind überschwemmt.

Fürstliche Enteignungsmethoden

Von Lucian.

Hindenburg schreibt an Voebell: „Die Reichsregierung hat vor dem deutschen Volk klar und deutlich erklärt, daß die entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen den Grundsätzen, die in einem Rechtsstaat die Grundlage für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben, widerspricht.“ Wie haben die Fürsten diese Grundzüge geachtet? Einige Beispiele werden dies erläutern.

„Kurfürst Friedrich II. benötigte einen Zwist zwischen den Geschlechtern und den Fürsten von Berlin-Köln, um sich zum Schiedsrichter aufzuwerfen und eine Zwangsburg am Saume der Stadt anzulegen.“ Die Berliner leisteten Widerstand. „Aber ehe dieser Widerstand organisiert werden konnte, fielen Kurfürst und Junker mit gewaffneter Hand über Berlin-Köln her und warfen die Städte vollständig nieder. Der Kurfürst machte seinen Hofrichter zum Bürgermeister, und die Stellen der Ratmänner befehligte er zum Lohn für die Bürgerschaft mit seinen reißigen Knechten. Die Gerichte, Mühlen, Zölle wurden dem Küchenmeister des Kurfürsten als Lehen übergeben; das heißt: sie dienten fortan dazu, den gesamten kurfürstlichen Hofhalt zu unterhalten. Die Patrizier der Stadt mußten ihre Lehen, selbst das Leibgedinge ihrer Frauen an den Kurfürsten übergeben und von ihrem „fahrenden Gut“ hatten sie ungeheure Strafgebühren zu zahlen.“

„Der sittenlose und verschwenderische Joachim II. gab, als ihm das nötige Metall zur Ausprägung neuer Münze fehlte, seinem Hoffmann Lippold eine Vollmacht, bei achtzehn reichen Bürgern einen „Einsfall“ zu tun und ihnen das vorgefundene Gold und Silber abzunehmen.“ (Rehring: „Die Lessinglegende“).

Bediene sich im letzten Fall der Landespaten eines Juden, um seine Untertanen zu berauben, so waren andererseits die Juden das beliebteste Ausbeutungsobjekt der Hohenzollern. Ramentlich Friedrich Wilhelm, der Vater des Fridericus, skatanierte die Juden in der grausamsten Weise. „Jede ihnen bewilligte Gunst, selbst wenn sie für den Staat eine wirtschaftliche Notwendigkeit war, mußte von den Juden gegen willkürliche Besteuerungen erkauft werden. Anstatt ihres früheren Schutzgeldes wurden sie gezwungen, seit dem Jahre 1728 jährlich 20 000 Taler zu zahlen. Sie durften nicht mehr im Land umherziehen und auch keine Häuser besitzen. Die auf den königlichen Jagden erlegten wilden Schweine mußten sie für schweres Geld onkaufen.“ (Streckfuß: „500 Jahre Berliner Geschichte“).

Dieselbe Rohheit in der Behandlung der Juden zum eigenen Vorteil zeigte der König Friedrich. So berichtet Hensel („Die Familie Mendelssohn“): „Unter Friedrich dem Großen mußte jeder Jude bei seiner Verheiratung für eine bestimmte Summe Porzellan aus der neugegründeten königlichen Porzellanmanufaktur in Berlin entnehmen, und zwar nicht nach eigener Wahl, sondern nach dem Belieben der Manufaktur, die sich auf diese Weise natürlich ihre Ladenhüter vom Halse schaffte. So bekam Moses Mendelssohn, der damals schon allgemein bekannte und geachtete Mann, 20 lebensgroße, massiv porzellanene Kisten.“ Die „Strupellofigkeit, in der Art Geld zu beschaffen, setzt sich in diesem Fürstenhaus über jedes Anstandsgesühl hinweg. So scheute sich Dorothea, die Gemahlin des Großen Kurfürsten, nicht, aus der Bewirtschaftung einer Aneignungsvorteil zu ziehen. „Auf dem Vorwerk vor dem Spandauer Tor errichtete sie ein Wein- und Bierhaus, in welchem die fremden Fuhrleute abstiegen und wo jeder Säuser willkommen war, wenn er nur viel verzehrte. Vergeblich klagten Rat und Bürgerschaft, daß die Errichtung einer solchen Wirtschaft den Privilegien der Stadt entgegen sei, daß sie unmöglich die schwere Bierakise erlegen könnten, wenn die Kurfürstin selbst, die keine Steuer zu zahlen habe, ihnen Konkurrenz mache; vergeblich wiesen sie darauf hin, daß der Betrieb eines solchen Gewerbes doch wohl der Gemahlin des Herrschers nicht würdig sei. Friedrich Wilhelm half den gerechten Klagen nicht ab.“

Die Krutenpressungen Friedrich Wilhelms I. und die damit verbundenen Gelderpressungen trieben die Berliner Bürger zur Verzweiflung, und viele versuchten auszuwandern. Aber auch das wurde ihnen unmöglich gemacht. Ein leuchtendes Beispiel in der Geschichte für den gemeinsten Untertanenschacher war der Erbprinz Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, ein Neffe Friedrichs II. Von ihm berichtet Rehring: „Am Jahre 1776 verkaufte er 4300 Mann an England für den Krieg mit den amerikanischen Kolonien, im Jahre 1788 3000 Mann an die niederländischen Generalstaaten, im Jahre 1795 wieder an England 1900 Mann.“ Der Verlust betrug 3015 Mann. „Indessen würde man Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig allzu hoch taxieren, wenn man annehmen wollte, daß diese 3015 Mann von ihm gemordeten Landeskindern alle auf dem Schlachtfelde geblieben seien. Der elende Bube befahl vielmehr, die Krüppel und Verwundeten hilflos in Amerika zurückzulassen. Er schlug also für seine Wollüste einen dreifachen Profit aus diesen unglücklichen Menschen; erst verkaufte er ihren gefunden Leib, dann ließ er sich für ihren verletzten Leib entschädigen und endlich sparte er Invalidensold, indem er die Erwerbsunfähigen in der Fremde verkommen ließ. Was Wunder, daß er bei dieser glorreichen „Finanzreform“ über fünf Millionen Taler Bargewinn einstrich.“

So sehen die gerechten Grundsätze der Fürsten aus. Wer einer Wiederholung dieser „gerechten Grundsätze“ begegnen will, der weiß, was er am 20. Juni zu tun hat.

Die Fabel vom 20. Juni.

Von Hans Otto Henel.

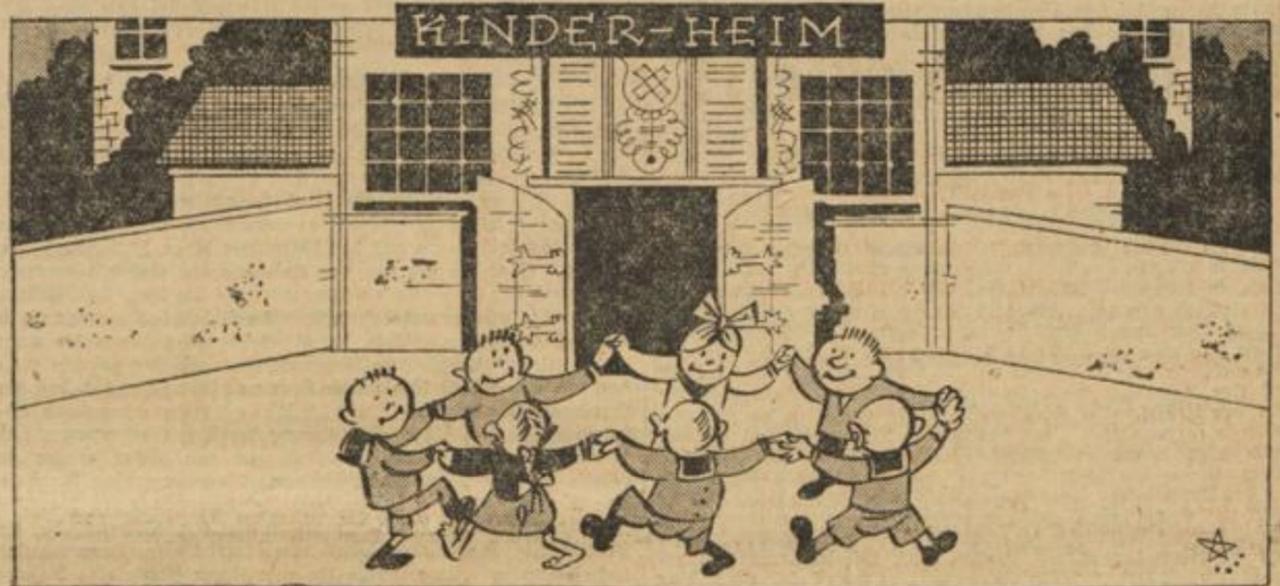
Ein Mensch erwachte aus dem tiefen Schlafe, den einem das gute Gewissen und angeborene Gutmütigkeit verleihen. Er reckte sich und streckte sich, so daß die löstigen und beengenden Decken zur Erde fielen. Schob sich die Schlafmütze aus dem Gesicht, wischte sich die Augen und — sah sich einer Diebeshande gegenüber. Während der Wohnungsinhaber im ersten leichten Schlummer lag, waren sie eingebrochen, hatten die ganze Nacht erträuert, was nur irgend schleppbar war, und hatten auch die Lebensmittel des Schlafenden verzehrt. Vieles von dem Geraubten hatten sie durch die Fenster ihren draußen wartenden Helfershelfern zugeworfen, die es abtransportierten. Den Rest ihrer Beute hatten sie in großen Pöden verschmurt, mit denen sie gerade verschwinden wollten.

Als der Schlafende erwachte, erschraken die Diebe so heftig, daß sie ihn wie gelächelt anstarrten. Sie waren überzeugt, daß er jetzt Wärm schlagen, sie verjagen, verprügeln, vielleicht töten, zum min-

Was soll werden?



Soll es so werden!



oder so!

Darüber hast Du Sonntag zu entscheiden.

desten ihnen den Raub abnehmen und sie zum Fenster hinauswerfen würde. Denn sie waren feige und ausgemergelte Buryschen, er aber ein baumstarker Ael.

Zu ihrer Verblüffung erfuhren die Diebe, daß sie hier einen Fall erlebten, der ihnen in ihrer langjährigen Einbrecherpraxis noch nicht vorgekommen war. Der Erwachte stand nämlich ganz gemütlich auf, verbeugte sich höflich vor den Dieben und sagte: „Erlauben Sie gütigst, daß ich Ihnen beim Aufsuchen behilflich bin.“ Dann griff er fest mit zu, und ihnen sein eigenes Gut auf den Rücken, und als das bei der Schwere der Beute doch nicht so leicht ging, rief er noch seinen Hausknecht, einen erprobten Juristen, zu Hilfe. Dann leuchtete er ihnen die etwas dunkle Treppe hinauf, machte sie auf gefährliche Stellen aufmerksam, damit sie samt ihrer schweren Frucht nicht Schaden nähmen. Vor der Haustür rief er noch eine Drohke herbei und wünschte den Davonfahrenden glückliche Heimkehr und baldiges Wiederkommen.

Als er wieder in seiner leeren, vollkommen ausgeplünderten Wohnung stand, schien es ihm da doch ungemütlich. Er ging zu seinen Nachbarn und bat sie, ihm einige Einrichtungstücke für seine kahlen Zimmer abzugeben. Da sie ihm verwundert entgegenhielten, daß er doch eine auskömmlich eingerichtete Wohnung habe, erzählte er ihnen sein Geschick mit den Dieben. Und da er nichts verschwie, erfuhren sie die unbegreifliche Wahrheit, daß er selbst beim Diebstahl seines Eigentums behilflich gewesen war und einzig und allein deshalb sich in Not befand. Da lachten sie ihn aus, nannten ihn einen Tölpel und wiesen ihn ohne Hilfe von ihrer Tür.

Nun sitzt der unvernünftige Mensch in seiner leeren Wohnung. Erst wollte er sich damit trösten, daß er sich wenigstens als guter, hilfsbereiter Mensch gezeigt habe. Aber da ihm doch allmählich vor Hunger der Magen knurrte, beschließt er wieder einzuschlafen, und glaubt, daß er bei einem neuen Erwachen sein lebensnotwendiges Eigentum wieder vorfindet.

In Einbrecher- und Diebeskreisen soll man noch nie so gelacht haben wie über die schlafmüchtige Dummheit dieses Menschen.

Higiene der Taschenuhr. Die Taschenuhr ist sicherlich die verbreitetste, kleinste Präzisionsmaschine und dabei in ihrem Wesen wohl den meisten der alltäglichen Benutzer völlig unbekannt. Weist doch Prof. H. Bock in einem Aufsatz in den „V.D.Z.-Nachrichten“ darauf hin, wie wenig die Präzisionsmechanik an den Technischen Hochschulen beachtet wird, ja die Zeitmessung ist an den Technischen Hochschulen Deutschlands überhaupt nicht vertreten. Auf Grund seiner Darlegungen gibt Prof. Bock auch Ratschläge zur richtigen Behandlung einer guten Taschenuhr, die man niemals als Armbanduhr tragen soll. Man ziehe die Uhr stets morgens, nicht abends aus, damit sie am Tage zur Zeit der größten Bewegungen auch ihre größte Schwammweite hat. Man lasse die Uhr zur Schonung der Feder nie längere Zeit wagrecht liegen. Schließlich soll man höhere Temperaturschwankungen, magnetische Einwirkungen und gar starke Erschütterungen von seiner Taschenuhr fernhalten. Auch ist es nicht zuzulassen, wenn eine gute Uhr mindestens alle vier Jahre ein genaues Nachsehen und Ölen verlangt; steht doch bei jeder Großmaschine ständig der Pfleger mit der Oelkanne bereit.

Drachenbäume.

In dem Garten des Herrn Franqui in dem Städtchen Oratava auf Teneriffa, einem der amütigsten Orte der Welt, staunte Alexander von Humboldt über den riesenförmigen Drachenbaum, der 16 Schuh (über 5 Meter) im Durchmesser hatte und von dem die Sage ging, daß ihn schon die französischen Abenteurer, die zu Anfang des fünfzehnten Jahrhunderts die glücklichen Inseln eroberten, in eben der kolossalen Stärke gesehen hätten. Humboldt widmet in seinen „Ansichten der Natur“ den Drachenbäumen und ihrem Alter mehrere Druckseiten, was darauf schließen läßt, daß er das sagenhafte Alter dieses Riesenbaumes im Innern doch etwas angezweifelt. Er selbst enthält sich denn auch jeden Urteils über das Alter und zitiert nur die Ansichten anderer namhafter Forscher, die annehmen, daß das Alter mehrerer noch lebender Individuen bis zu den frühesten historischen Zeiten, wenn auch nicht des Mittelalters, doch von Griechenland und Italien hinaufreicht.

Gewaltige Baumriesen haben den Menschen von jeher in Staunen versetzt, wie denn alle Organismen, die älter als der Mensch selbst werden, der sich doch für die Krone der Schöpfung hält, von uns mit Unbehagen, Furcht, Verehrung, Grauen oder Humor, je nach Temperament, Zeit oder Umständen, betrachtet werden. Daß eine Schädtröte mehrere hundert Jahre ihren kostbaren Panzer spazierentragen kann, erscheint den meisten Menschen ungläubwürdig; dem Elefanten gesteht man seiner Größe wegen allerlei Jahre zu, und ein bemooseter Karpfen wirkt komisch würdig wie ein alter Student. Ein alter Baum hat immer etwas Monumentales, und wir empfinden ihn wie ein lebendig gemordenes Kunstbaumerk, das zu erhalten uns ganz selbstverständlich vorkommt. Gibt es doch selbst Holzgänger von Berni, die sich wie halbe Wäcker fühlen, wenn ein Baumriese ächzend und stöhnend unter ihrer Art zusammenbricht. Die Holztrachte fürchten aber auch die Rache der Bäume; gar mancher hat im Wald beim Baumfällen schon sein Leben lassen müssen, besonders im Gebirge, woson die zahlreichen Totentafeln — Martern nennt man sie im bayerischen Hochland — an den Unglücksfällen Zeugnis ablegen.

Es ist also kein Wunder, wenn Märchen und Sagen sich an alte Bäume knüpfen und wenn man sie älter macht, als sie wirklich sind. Die Altersbestimmung ist nämlich nicht so einfach, wenn man den Baumstamm nicht durchsägt. Bekanntlich kann man an unteren Nadel- und Laubbäumen durch Zählen der Jahresringe das Alter bestimmen, aber das geht zum Beispiel bei den Drachenbäumen auch nicht, weil sie zu den Allengewächsen gehören und die sogenannte Monokotyledonen, deren Samen nur ein Keimblatt hervorbringen, keine Jahresringe bilden.

Nun hat kürzlich ein Forscher, A. Bütter, in den Sitzungsberichten der Heidelberger Akademie der Wissenschaften eine Arbeit veröffentlicht, die sich speziell mit der Altersbestimmung der Drachenbäume auf Teneriffa beschäftigt. Zunächst hat er selbst Messungen des Umfanges alter Bäume vorgenommen und seine Zahlen mit denen früherer Forscher verglichen, dann hat er junge Bäume gemessen, deren Alter bekannt war, und schließlich stellte er die Anzahl der Verzweigungen eines jeden Baumes fest. Diese Verzweigungen treten zwischen 6 bis 25 Jahren auf und entsprechen den Blühperioden, was man weiß. Auf Grund dieser Untersuchungen kommt Bütter zu dem Resultat, daß die jetzt größten Bäume der Insel nicht älter als 200 Jahre sein können, und er glaubt, daß auch der berühmte von Humboldt erwähnte Drachenbaum kein höheres Alter erreicht haben kann. Damit wäre also wieder einmal ein altes Märchen der Unterjochung zum Opfer gefallen. Dr. B. B.

Massenkauflkraft und Haushaltsindustrie.

Löhne und Absatz. — Die industrielle Reservearmee.

Es gibt Tatsachen, die der kapitalistische Unternehmer nun einmal absolut nicht begreift. Die wichtigste davon ist die, daß die Löhne und Gehälter, die er bezahlt, nicht bloß Kosten der Produktion, d. h. nach seiner Auffassung „Unkosten“ sind, sondern der wichtigste Teil jener Kaufkraft, von der die ganze privatkapitalistische Industrie lebt und aus der sie ihre Gewinne zieht. Diese Vinsenwahrheit jedes arbeitsteiligen Wirtschaftssystems, die allerdings gerade durch die Arbeitslosigkeit schwerer erkennbar ist, hatte nun solange keine wirtschaftspolitische Bedeutung, als die Wirtschaftsentwicklung in gerader Linie aufwärts ging und trotz aller Krisen auf die Dauer das Gleichgewicht zwischen Produktion und Verbrauch nicht gefährdet wurde. Seit der Inflation aber ist diese Vinsenwahrheit zur Schicksalsfrage der deutschen Wirtschaft geworden. Ohne gewaltige Stärkung des Inlandmarktes können wir nicht mehr weiter. Stärkung des Inlandmarktes heißt aber Vermehrung der Kaufkraft der breiten Massen, erfolge diese nun durch Verbilligung der Produktion und Senkung der Preise bei gleichen Löhnen oder durch Vermehrung der Produktion zu gleichen Kosten bei höheren Löhnen. Nun hat jeder Unternehmer zwar ganz gerne die Botschaft von der Vermehrung der Produktion und der Stärkung des Inlandmarktes gehört. Von der Senkung der Preise wollte er aber nichts wissen, bis die Absatzkrise sie ihm hier und dort aufzwang. Seit Krise und Arbeitslosigkeit aber im Land sind, sieht die ganze Front der Unternehmer im Kampf, um die Löhne abzubauen und die Gehälter zu drücken.

Haushaltsbedarf und industrielle Beschäftigung.

Nun gibt es ein Gebiet, wo die Zusammenhänge zwischen Lohnhöhe und Arbeitslosigkeit einerseits, Profit und Industrieabfall andererseits besonders deutlich werden. Das ist der Einrichtungsbedarf des Massenhaushalts, gleichviel ob es sich um die Beschaffung von Möbeln, Kleidung, Wäsche oder Küchengeräten handelt. Wenn wir heute bei den Textilarbeitern z. B. eine Vollarbeitslosigkeit von 20 Proz. und Kurzarbeit mit über 50 Proz. der Organisierten haben, bei den Schuhmachern, Leder-, Hut-, Bekleidungs- und Holzarbeitern eine gegen das Vorjahr vielfach gesteigerte Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, so deshalb, weil der Massenhaushalt als Käufer versagt. Von klassischer Deutlichkeit sind die Zusammenhänge aber bei einer Industrie, die ausschließlich Massenware für den Massenhaushalt herstellt, und die mit ihrem Absatz in der ganzen Welt auf eine ständige, relativ einheitliche und der Mode nur wenig unterworfenen Nachfrage rechnen kann: das ist die Industrie für Haushaltsgerät und Küchenmaschinen.

Der rapide Aufschwung bis zum Herbst.

Zwei typische Großwerke dieser Industrie sind die Bingwerke L. G. in Nürnberg und die Alexanderwerk L. von der Rahmer L. G. in Remscheid. Hören wir, wie der Bingkonzern sich für die Zeit bis zum Ausbruch der Krise im Herbst vorigen Jahres über den Geschäftsverlauf äußert: „Die Warennachfrage erfuhr im Laufe des Sommers bis gegen den Herbst hin noch eine weitere erhebliche Steigerung und bezog sich in besonderer Weise auf eine Reihe zur Ergänzung des Spielwarenfortiments neuerschaffene Artikel. Um fabrikatorisch dieser Nachfrage zu genügen, bedurfte es der Investierung bedeutender Mittel. In den Produktionsstätten wurden beträchtliche Neuzugänge im Maschinenpark notwendig; auch erhöhte sich die Belegschaft im Laufe des Jahres auf das Doppelte des Frühjahrstandes. Die Festlegung dieser Beträge war zur Bewältigung vorliegender Aufträge erforderlich; und in der Tat gelang der Umsatz zu einer Höhe, die während des 30-jährigen Bestehens der Aktiengesellschaft noch niemals annähernd erreicht worden war.“ Das Alexanderwerk L. von der Rahmer ist kürzer in seinem Bericht. Es berichtet nur, daß der Auftragsbestand zu nächst so lechzt war, daß die Leistung der Betriebe erheblich gesteigert werden mußte. Aus einem Jahresprospekt ist aber bekannt geworden, daß allein die ersten fünf Monate eine Umsatzsteigerung von 56 Proz. gebracht haben. Diese Steigerung dürfte bis September eher zu als abgenommen haben.

Die plötzliche Lähmung des Marktes.

Die Wirkung, die der Ausbruch und die Fortdauer der Krise auf die Haushaltsindustrie gehabt hat und hat, läßt sich wiederum kaum deutlicher beschreiben, als es der Wortlaut des Bingberichts tut: „Mit der gesamten Industrie wurde auch unsere Gesellschaft von der plötzlichen Lähmung des deutschen Marktes betroffen“ (folgen Ausführungen gegen die Behinderung des Exports durch Zölle und schwankende Währungen). „Während der sonst gerade in den letzten Monaten des Jahres in einem Saisongeschäft wie dem unseren“ (Wahrscheinlich) „zu erwartende Geldrückfluß ausblieb, ließen dringende, nicht mehr rückgängig zu machende Engagements und befand sich der ganze zu äußerster Kraftanstrengung angehaltene Apparat der kaufmännischen und fabrikatorischen Betriebe in vollem Gange. Das Tempo, das durch diese Entwicklung notwendig gewordenen Abbaues konnte sich dem der Krise nicht angleichen.“ Auch bei dem Alexanderwerk ergibt sich das gleiche Bild; nur drückt sich der Bericht kürzer und nüchtern aus: „Die im Sommer einsetzende Wirtschaftskrise, welche sich in sehr schmerzhaftem Eingang der Zahlungen und stärkerem Nachlassen der Aufträge fühlbar machte, zwang uns zu erheblichen Einschränkungen des Betriebes, um den Umfang des Geschäftes in Uebereinstimmung mit den Betriebsmitteln zu bringen.“ Die Umsatzsteigerung, die in den ersten fünf Monaten 56 Proz. betragen hatte, ging in den wenigen Monaten der Krise für das ganze Jahr auf 34 Proz. zurück.

Die finanziellen Auswirkungen.

Nun sind die beiden Werke die größten ihrer Art; nicht nur in Deutschland, man kann ruhig sagen in Europa. Sie sind finanziell außerordentlich stark und haben Absatz buchstäblich durch die ganze Welt. Der Export spielt bei ihnen eine sehr große Rolle. Wenn der Inlandsabsatz auch sehr wichtig ist, er ist nur ein Ausschnitt ihres Gesamtgeschäfts. Dazu ist die Konkurrenz wegen der Massenhaftigkeit ihrer Produktion, ihren Patenten und des Hochstandes ihrer Technik den Werken nicht sehr gefährlich. Endlich hatte doch der weitaus größere Teil des Jahres ganz bedeutende Reingewinne gebracht. Die Gewinne blieben also noch erheblich. Aber die nachteiligen Veränderungen in der Gewinnrechnung und Bilanz durch die wenigen Krisenmonate sind mit den Händen greif-

bar. Obwohl die Bingwerke bis zum Herbst nie erreichte Umsätze und eine Verdoppelung der Belegschaft medien, ist der Reingewinn gegen das Vorjahr nur von 5,06 auf 5,55 Millionen erhöht. Obwohl die Steuer- und Versicherungsleistungen von 1,13 auf 0,67 Millionen zurückgegangen sind, sind die allgemeinen Handlungsunkosten von 2,78 auf 3,55 Millionen gestiegen. Die Abschreibungen waren zweckmäßig, die Krise dauert ja fort, von 0,35 auf 0,70 Millionen zu erhöhen. Der Reingewinn, der im Vorjahr 0,80 Millionen Mark betrug, sank mit 0,41 Millionen auf die Hälfte. Die Bilanz zeigt eine starke Verschuldung: der in Anspruch genommene Kassenkredit ist mit 2,65 gegen 0,25 Millionen mehr als verzehnfacht, die Betriebskapitalien sind von 5,08 auf 5,56 Millionen, die Bankschulden von 6,16 auf 9,91 Millionen erhöht. Insgesamt ist die laufende Verschuldung von 11,49 auf 18,11 Millionen gewachsen; der Reingewinn aber ist halbiert. Bei den Aktien sind die Veränderungen entsprechend: die Forderungen sind mäßig von 5,72 auf 7,02 Millionen gestiegen, die Bankguthaben von 0,55 auf 0,35 gesunken, der Kassen-, Scheck- und Wechselbestand von 0,42 auf 0,85 Millionen erhöht. Den Ausschluß stellen die Borräte und Warenlager her, deren Wert von 13,32 gegen 8,65 Millionen höher ausgewiesen wird. Das Ergebnis ist also ein schwerer Druck auf die Zahlungsfähigkeit, die im neuen Jahre im Verkauf von Gebäuden (Konzentrationshaus Leipzig) und Beteiligungen (Glasfabrik Spiegelau und Elektroheizung GmbH, Nürnberg; auch schon ihren Ausdruck gefunden hat. Eine Dividende wird nicht verteilt. Der Gewinn aus den beiden Jahren 1924 und 1925 wird zur „inneren Konsolidierung“ vertragen.

Beim Alexanderwerk liegt die Sache günstiger. Dort war das Auslandsgeschäft offenbar sehr günstig, wenn auch bei der Auflösung der Verkaufsstelle Barcelona ein Verlust entstanden ist. Immerhin sind die Unkosten, trotz Verringerung der Steuern, stärker gestiegen als der Rohgewinn, und der Reingewinn wird nur mit 38.900 gegen 603.000 M im Vorjahr ausgewiesen. Statt der 10prozentigen Jahresdividende werden 6 Proz. verteilt. Auch die Bilanz ist ausgepannt. Zum ersten Male treten Kassenkredit von 0,44 Millionen auf; Gläubiger sind von 2,78 auf 3,21 Millionen gestiegen. Die Forderungen gingen von 3,29 auf 2,83 Millionen zurück; die laufenden Bestände und Waren sind beträchtlich von 3,75 auf 5,05 Millionen gestiegen.

Schlussfolgerungen.

So deutlich wie hier werden selten die Zusammenhänge zwischen Kaufkraftentwicklung und industrieller Beschäftigung nachweisbar sein. Was aber für diesen kleinen Ausschnitt des Wirtschaftslebens gilt, gilt für die Volkswirtschaft im ganzen; nur daß die Beziehungen verschlungenere und komplizierter sind. Für die Arbeiterklasse allerdings kommt es darauf an, was sie aus den Lehren dieses Beispiels und der Erkenntnis dieser Zusammenhänge macht. Wenn sie sich von den Unternehmern einfach vorrechnen ließe, daß mit in der Krise stecken, wie durch die Krise die Bilanzen verschlechtert werden und daß deshalb die Arbeitsbedingungen auch verschlechtert werden müssen, dann gibt es natürlich aus der Krise sobald keine Rettung. Den Unternehmern muß klar gemacht werden, daß ihre Politik gegen diese Krise verfehlt hat, daß der Niedergang der Massenkauflkraft die Ursache des mangelnden Absatzes ist, und daß die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen das denkbar ungünstigste Mittel ist, um den Absatz wieder zu steigern und die Werte zu beschütigen. Auch der großen Arme der Arbeitslosen müssen diese Zusammenhänge ins Bewußtsein gehämmert werden, damit bei den großen Kämpfen, die die Arbeiterklasse zum Wiederaufbau eines kaufkräftigen Inlandmarktes noch führen muß, ihre Kräfte bis zum letzten Mann eine Reserve der Arbeiterklasse und nicht der Unternehmer ist.

Die Wirtschaftsenquete in Arbeit.

Der Ausschuss zur Untersuchung der Absatz- und Erzeugungsbedingungen der deutschen Wirtschaft hielt gestern eine öffentliche Sitzung ab, in der man zum erstenmal Einblick in die Arbeit der Enquete erhielt. Bisher befindet sich die Arbeit offenbar noch völlig im Vorbereitungsstadium, und die einzelnen Unterausschüsse für Landwirtschaft, Industrie, Kreditwesen, Finanzpolitik und Sozialpolitik sind sich selbst noch nicht darüber schlüssig geworden, wie sie ihre Arbeit eigentlich anzufassen gedenken. Auch sind bisher noch nicht die Vorstenden aller Ausschüsse festgelegt, und keiner der Ausschüsse hat sich bisher auf einen Sekretär einigen können. Das Problem scheint in allen Arbeitsausschüssen zunächst das gleiche zu sein: wie können wir angesichts der Unübersichtlichkeit des Arbeitsgebietes, das uns übertragen wurde, irgendwie zu einer Abgrenzung unserer Tätigkeit gelangen, die die Voraussetzung für fruchtbarere Arbeit ist?

In der gestrigen Sitzung wurden zwei Referate gehalten. Präsident Wagemann vom Statistischen Reichsamt schilderte die Arbeit des Statistischen Reichsamts und beklagte, daß es infolge unzureichender Mittel auf manchen Gebieten nicht alles das tun könne, was es gern möchte. Was er an konkretem Material der Enquete zur Verfügung stellen könnte, wurde dabei kaum berührt. Dann hielt Herr Professor Harms einen langen Vortrag über das englische Enquetewesen, wobei sich herausstellte, daß die deutsche Enquete bisher keine Parallele in England hatte. Immerhin ergaben sich interessante Anhaltspunkte dafür, wie lange etwa die Enquete für ihre Arbeit zusammenbleiben müßte, wenn sie irgend zureichende Ergebnisse liefern soll. Die Frage der Preispause ist z. B. eine der Einzelfragen der Agrarenquete und hat in England eine Sonderkommission fast ein Jahr lang beschäftigt. Der Bericht der englischen Kohlenkommission erforderte immerhin sieben Monate und wurde besonders beachtenswert durchgeführt. Wenn man bedenkt, daß nur etwa 5 Proz. der deutschen Arbeitnehmerkraft in Industrie, Handel und Verkehr in der Kohlenwirtschaft beschäftigt sind, so ist man beinahe versucht, den verzweifeltsten Schluss zu ziehen, daß allein die Bearbeitung von Industrie und Handel 12 Jahre nach diesem Maßstab erfordern müßte, zumal beinahe nirgends in Deutschland für eine Industrie so umfangreiches amtliches Material bereits vorliegt, wie die englische Kohlenkommission es vorfand, als

sie zusammentrat. Nur angestrengte Arbeit und Selbstbeschränkung wird in verhältnismäßig kurzer Zeit brauchbare Ergebnisse zeitigen können. Auch sonst erhielt der Vortrag von Harms mancherlei Anregungen.

Im folgte eine Debatte, in der Professor Eulenburg und Geheimrat Sering lebhaft dafür eintraten, daß endlich die Fragestellungen präzisiert werden sollten. Sering insbesondere forderte, daß man nach den Ursachen der Wirtschaftskrise und nach den Mitteln ihrer Ueberwindung fragen sollte, statt in umfassender Unterjudungen einzutreten. Für eine solche Aufgabe dürfte freilich der Enqueteausschuss recht ungeeignet sein. Gerade die Zusammenfassung des Ausschusses zeigt vielmehr deutlich, daß die Absicht war, in erster Linie hier Tatsachen zu ermitteln. Und dies sollte in der Tat in umfassender Weise geschehen, ohne daß man daran denkt, zu früh zu Verallgemeinerungen und wirtschaftspolitischen Schlüssen zu kommen, die ohne den Boden umfassender Tatsachenerkenntnis doch nur in der Luft hängen würden.

Aus den Berichten der Unterausschüsse ergab sich der Eindruck, daß bisher der Ausschuss, der die Zusammenhänge von Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung behandeln soll, am weitesten fortgeschritten ist, insofern, als er bereits wirklich ernsthaft an der Arbeit ist und zunächst einmal vernünftigerweise beschließen hat, auch schon zur Frage der Arbeitsmethode Sachverständige heranzuziehen, ganz abgesehen davon, daß auch unter dem Gesichtspunkt der Sachverständigen seine Zusammenfassung als besonders günstig zu betrachten ist. Die übrigen Ausschüsse scheinen noch in ziemlich Unklarheit über Arbeitsmöglichkeit und Arbeitsmethode zu stehen. Wenigstens der Industrieausschuss schon damit begonnen hat, die Kohle im Rahmen der gesamten Energiewirtschaft sowie die Eisenwirtschaft zu bearbeiten, scheint dies doch bisher noch reichlich ziellos und unsicher zu erfolgen, wenigstens erwecken die Darlegungen von August Müller diesen Eindruck. Im Agrarbereich schließlich scheint man wesentlich noch mit rein formalen Fragen beschäftigt zu sein.

Es muß außerordentlich fraglich erscheinen, ob diese Art der Vollziehung geeignet ist, die Öffentlichkeit wirklich an den Arbeiten der Wirtschaftsenquete zu interessieren. Viel wichtiger wäre es, wenn man die Unterausschüsse dazu veranlasste, stenographische Sitzungsprotokolle zu veröffentlichen, aus denen jedermann näheres über den Stand der Arbeit erfahren könnte. Nur so wird man wirkliche Teilnahme der Öffentlichkeit und der öffentlichen Kritik an den Ausschussarbeiten ermöglichen.

Wirtschaftsministerium und Arbeitslosigkeit.

Von zuständiger Stelle erfahren wir: Der W.T.B.-Handelsdienst veröffentlicht in Nr. 304 vom 17. Juni einen Artikel „Wirtschaftsprobleme“, der in einer größeren Tageszeitung als aus amtlicher Quelle stammend angesehen wurde. Demgegenüber ist festzustellen, daß der W.T.B.-Handelsdienst ein Privatunternehmen ist und dieser Artikel lediglich die Privatarbeit eines Redakteurs darstellt, die nicht auf Information einer Dienststelle beruht und über die Maßnahmen der Reichsregierung, die zur Behebung der Arbeitslosigkeit ergriffen wurden und noch ergriffen werden, mangelnd orientiert ist. Diese Pläne der Reichsregierung werden demnächst im vorläufigen Reichswirtschaftsrat besprochen werden.

Die Syndikatsbeteiligungen des Montantruffs. Nach einer Zusammenstellung der „Kölnischen Volkszeitung“ verfügt der Montantruff einschließlich der neuangelegten Charlottenhütte, aber ohne die Quoten der übernommenen Stammwerke über folgende Syndikatsbeteiligungen bei den Schwerindustriellen Verbänden:

- 22,2 Proz. der Gesamtbeteiligung im Kohlenyndikat (ohne Rheinisch)
- 19,0 Proz. der Verkaufsbeteiligung im Kohlenyndikat
- 37,8 Proz. der Verbrauchsbeteiligung im Kohlenyndikat
- 31,0 Proz. im Roheisenverband
- 32,5 Proz. in der Röhrenhüttenindustrie
- 40,8 Proz. im K-Produktenverband
- 31,3 Proz. im Stabeisenverband
- 47,3 Proz. in der Bandelvereinigung
- 23,0 Proz. im Grobblechverband
- 6,8 Proz. im Walzdrahtverband und
- 15,0 Proz. im Drahtvereinerungsverband.

Es fehlen, wie gesagt, noch die Stammquoten. Wir geben diese Feststellungen der „Kölnischen Volkszeitung“ ihres großen Interesses halber wieder, obwohl es fraglich ist, ob sie ganz authentisch sind. Jedenfalls erhält aus ihnen die ganz kolossale Macht, die der Montantruff in den wichtigen Verbänden der Schwerindustrie heute schon ausübt.

Eine köstliche Staatsanleihe. Die Regierung brachte im Landtag eine Vorlage ein, durch die das Finanzministerium ermächtigt werden soll, 45 Millionen Mark im Wege einer Staatsanleihe flüssig zu machen und die selbstschuldnerische Bürgschaft des Staats für eine Anleihe von 55 Millionen Mark der Aktiengesellschaft Sächsische Werke zu übernehmen oder aber diesen Betrag ganz oder teilweise im Wege der Staatsanleihe aufzunehmen und der A.S.W. als Darlehen zur Verfügung zu stellen. Ferner wird der Landtag um Zustimmung ersucht, 15 Millionen Mark als erste Einzahlung auf 60 Millionen Mark neue vom Staat zu übernehmende Aktien der A.S.W. in den außerordentlichen Haushaltsplan für 1926 einzustellen.

Industrieller Zollschutz in Australien. Vertreter der britischen Fabrikanten haben von der australischen Regierung die Einführung hoher Zölle verlangt, um das Dumping europäischer Eisen- und Stahlerzeugnisse unwirtschaftlich zu machen.



Komet-Freilauf
billigste Nabe im Betrieb
weil selten geringer Verschleiss



HAASLUB die neue **Bosnia**
köstlich milde
38 Cigarette